



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Herr Stadtpräsident, liebe Dame und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat, werte Medienvertreterinnen und -vertreter, liebe Besucherinnen und Besucher, es freut mich, dass wir auch dieses Mal wieder viele Gäste begrüßen dürfen. Es liegt offenbar nicht immer nur bei Antragsgeschäften ein öffentliches Interesse vor, sondern auch bei Vorliegen parlamentarischer Vorstösse, was uns sehr freut. Herzlich willkommen.

Somit eröffne ich die letzte Stadtratssitzung in diesem Jahr. Ich möchte gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine "Bibel" auf Ihrem Pult vorliegen haben, oder zumindest das, was für uns Parlamentarier eine Bibel ist, nämlich die neue Geschäftsordnung des Stadtrates, die ab 1. Januar 2020 in Kraft tritt. Somit besitzen Sie eine ausführliche und hochinteressante Weihnachtslektüre als Vorbereitung für das kommende Jahr. Ich wünsche allen damit viel Spass. Ebenfalls möchte ich Christian Rutschmann neu im Stadtrat begrüßen. Vielleicht möchte er schnell aufstehen, damit ihn auch alle sehen. Er rutschte für Heinz Wüthrich selig nach. Lieber Christian, wir wünschen Dir alles Gute im Stadtrat, gutes Gelingen und viel Befriedigung bei Deiner Arbeit für die Öffentlichkeit, herzlich willkommen.

Nach der neu geltenden GO, eben gemäss dieser Bibel, worauf ich soeben hinwies, werden die Stadtratsakten ab nächstem Jahr mindestens 20 Tage vor der Sitzung auf der Langenthaler Homepage veröffentlicht. Damit können wir ein wenig die Papierflut eindämmen und, modern gesprochen, auch etwas für die Umwelt tun. Sie als Stadträte werden jedoch noch vom Sekretariat kontaktiert, ob Sie parallel dazu weiterhin einen persönlichen Versand per Papier wünschen.

Das Protokoll der letzten Stadtratssitzung vom 25. November 2019 liegt vor und ist auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Ich danke allen Mitwirkenden für das Verfassen des Protokolls. Wir kommen somit zu unserem Appell des Stadtrates, den unsere Sekretärin durchführen wird:

- 35 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.¹
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates meldete im Vorfeld der Sitzung seine Verspätung an.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich bedanke mich für den Appell und stelle hiermit die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten, zumindest nach meiner Kenntnis, vorschriftsgemäss und somit sollten Sie alle im Besitz aller Unterlagen sein. Nachdem hier kein Einspruch vorliegt, ist effektiv alles vorschriftsgemäss erfolgt.

Ich liess Sie alle bereits per Mail vorab informieren, dass wir die Traktandenliste gerne mit einem Traktandum Nr. 4.1 betreffend Wahl eines neuen GPK-Mitglieds für den zurücktretenden Bernhard Marti ergänzen möchten. Gemäss Art. 4 Abs. 2 der geltenden GO kann der Stadtrat in ausserordentlichen oder dringenden Fällen die Traktandenliste ergänzen. Mit Blick auf die kommende Februar-Sitzung und der dannzumal wichtigen Eisstation-Vorlage erscheint es uns vom Präsidium aus angezeigt, dass die GPK dann zu diesem Zeitpunkt bereits wieder vollständig ist. Deshalb schlagen wir Ihnen die Ergänzung der Traktandenliste mit der Wahl eines GPK-Mitglieds per 1. Januar 2020 vor. Es verhält sich dabei ja nicht ganz so wie bei der Wahl einer anderen vorbereitenden Kommission, weil in der GPK ausschliesslich Stadträtinnen und Stadträte Einsitz nehmen können. Entsprechend ist Ihnen die Person, die zur Wahl vorgeschlagen wird, dann auch bereits bekannt. Es ist nun so,

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 35 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 16.42 Uhr sind 37 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 17.25 Uhr sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 17.50 Uhr sind 37 Stadratsmitglieder anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

dass die Ausweitung der Traktandenliste an sich per Abstimmung zu beschliessen ist. Sie sehen aber, dass wir noch nicht ganz vollzählig sind und unser FDP-Stimmenzähler noch nicht anwesend ist. Ich frage deshalb die FDP-Fraktion an, wer für diese zehn Minuten einspringen möchte? Ich danke Franziska Zaugg herzlich für Ihre Bereitschaft zur ausserordentlichen Improvisationsleistung. Wer Franziska Zaugg für wenige Minuten als stellvertretende Stimmenzählerin bestätigen möchte, soll dies mit seiner Hand bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Das wäre einstimmig, herzliche Gratulation liebe Franziska. Du wirst jetzt gleich noch in die Modalitäten beim Stimmen zählen eingewiesen.

Gibt es Bemerkungen zur beantragten Ergänzung der Traktandenliste? Wer dieser Ausweitung der Traktandenliste zustimmen kann, zeigt dies mit seinem Stimmrechtsausweis. Gegenstimmen? Enthaltungen? Somit erfolgt dieses Einverständnis ebenso einstimmig, besten Dank.

Nachdem nun die Präliminarien erledigt sind, schreiten wir zu den ordentlichen Traktanden.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



1. Verwendung Ratskredit 2019

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Hier geht es nun um die Verwendung des Ratskredites.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Turnusgemäss ist dieses Mal die SP/GL-Fraktion an der Reihe, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten. Wem darf ich von der Fraktion das Wort erteilen?

Vizestadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Die SP/GL-Fraktion schlägt Ihnen vor, den diesjährigen Ratskredit dem Langenthaler Verein "Wandelbar" zukommen zu lassen. Sein Ziel ist es, Bildung und Vernetzung von lokalen und nachhaltigen Gesellschaftsstrukturen zu fördern und gemeinsam eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Im Rahmen dessen sind ganz viele Projekte am Laufen, beispielsweise die uns gut bekannte "Restess-Bar" oder das Repair-Café, das drei- bis viermal jährlich stattfindet. Dabei handelt es sich um ein organisiertes Treffen, bei dem Besucher defekte Gegenstände von zuhause mitbringen können, zum Beispiel ein Radio oder so, und sie dann mit anderen zusammen reparieren. Das Café möchte damit ein Gegengewicht zu den Verschleiss- und Wegwerfpraktiken der Hersteller schaffen und trägt somit auch zum Umweltschutz bei. Sodann organisiert der Verein "Wandelbar" Langenthal eine Zeitbörse oder zweimal im Jahr eine Kleidertausch-Börse unter dem Motto "Walk-In-Closet". Weitere Ideen und Projekte sind auch für das nächste Jahr bereits angedacht, beispielsweise zum Thema "Urban Gardening". Wir möchten mit der Vergabe vom Ratskredit 2020 an den Verein "Wandelbar" die ehrenamtliche Tätigkeit und der grosse Einsatz für die Nachhaltigkeit und zum Wohl unserer Gesellschaft und unserer Natur würdigen, unsere Wertschätzung ausdrücken und uns dafür bedanken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Vorschlag unterstützen, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke der Vizestadtratspräsidentin Martina Moser. Gibt es seitens des Rates Bemerkungen einer Fraktion zu diesem Vorschlag? Möchte sich ein Einzelsprecher dazu äussern? Das ist nicht der Fall und somit schreiten wir direkt zur Abstimmung. Wer diesem Vorschlag der SP/GL-Fraktion Folge leisten kann, bezeugt dies bitte mit dem Hochheben seiner Hand. Gegenmehr? Enthaltungen? Gut, diesem Vorschlag stimmten Sie alle einstimmig zu, besten Dank.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Vergabe des Ratskredits 2019 im Betrag von Fr. 1'000.00 an den Verein Langenthal Wandelbar wird zugestimmt.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Wahl Büro Stadtrat 2020

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 2 betreffend die Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2020. Dabei geht es um das Präsidium, das Vizepräsidium sowie um zwei Stimmenzähler.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Turnusgemäss steht das Vorschlagsrecht für das Präsidentenamt dieses Jahr der SP/GL-Fraktion zu. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

SP/GL-Fraktion Roland Loser (SP): Es ist mir eine Freude, Ihnen Martina Moser als Stadtratspräsidentin für 2020 vorzuschlagen. Ich glaube, es wäre Wasser in die Aare getragen, wenn ich noch allzu viele Worte über sie verlieren würde. Sie alle kennen sie und sie bewies bereits in diesem Jahr das eine oder andere Mal in komplizierten Geschäften, dass sie diese Leitung sehr gut und würdig übernehmen kann. Ich lege Ihnen deshalb ans Herz, Martina für das nächste Jahr als Stadtratspräsidentin zu wählen, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Loser. Gibt es Bemerkungen zu diesem Vorschlag oder wird dieser wider Erwarten erweitert? Das trifft demnach nicht zu. Wer Martina Moser als Stadtratspräsidentin für das nächste Jahr wählen möchte, soll dies mit dem Stimmausweis bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

a) Wahl der Stadtratspräsidentin bzw. des Stadtratspräsidenten 2020

■ **Moser Martina, Berufsschul- und Gymnasiallehrerin (SP), wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zur Stadtratspräsidentin für das Jahr 2020 gewählt.**

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Bei einer Enthaltung, namentlich der eigenen, wurde Martina Moser zu unserer Ratspräsidentin für das nächste Jahr gewählt. Ich gratuliere im Namen von uns allen ganz herzlich.

(Applaus - Martina Moser wird von Simone Burkhard Schneider ein Blumenstrauss überreicht.)

b) Wahl der Vize-Stadtratspräsidentin bzw. des Vize-Stadtratspräsidenten 2020

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Für das Amt als Vizepräsident oder Vizepräsidentin steht das Vorschlagsrecht turnusgemäss der EVP/glp-Fraktion zu. Wem darf ich hier das Wort für die Bekanntheit des Vorschlages geben?

EVP/glp-Fraktion, Renate Niklaus (glp): Die EVP/glp-Fraktion schlägt Paul Beyeler für die Wahl als Vize-Stadtratspräsident vor. Sie kennen Paul bereits alle. Er ist ein kritischer Parlamentarier, der genau hinschaut und oft auch schon Fehler entdeckte. Er ist seit August 2018 als EVP-Vertreter Mitglied des Stadtrates und auch in der GPK. Beruflich ist er Dr. phil. Diplomchemiker und Wirtschaftsingenieur. Lange Zeit bekleidete er Führungsfunktionen in der internationalen Pharmaindustrie. Jetzt befindet er sich im sogenannten Unruhezustand, wie ich das einmal umschreiben würde, ist er doch aktuell noch Stiftungsratspräsident und Geschäftsführer einer Stiftung. Seit 2005 ist Paul Beyeler zusammen mit seiner Familie in Langenthal wohnhaft. Ich bitte Sie, die Wahl von Paul Beyeler zu unterstützen, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Werden diese Vorschläge vermehrt oder gibt es dazu Bemerkungen? Beides ist nicht der Fall. Wer Paul Beyeler für das Amt als Vize-Stadtratspräsidenten die Stimme geben möchte, soll dies nun mit seinem Stimmausweis bestätigen. Sie hatten ja alle bereits die



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Hand oben, bevor ich fertig redete. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen? Auch hier, bei einer Enthaltung des Gewählten, ohne Gegenstimme, ist Paul Beyeler einstimmig als Vize-Stadtratspräsident gewählt. Herzliche Gratulation, lieber Paul.

(Applaus)

■ **Beyeler Paul, Dr. phil./Chemiker (EVP), wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zum Vize-Stadtratspräsidenten für das Jahr 2020 gewählt.**

c) Wahl der Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler des Jahres 2020

Es bleibt noch die Wahl von zwei Stimmzählern übrig. Hier liegt das Vorschlagsrecht turnusgemäss bei der SVP- und bei der FDP/jll-Fraktion. Wem darf ich das Wort zur Vorstellung des FDP-Fraktionsvorschlags übergeben?

FDP/jll-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP): Ich mache es kurz. Wir schlagen Franziska Zaugg-Streuli vor. Sie sahen sie und Sie kennen sie bereits. Sie trat nun bereits in Aktion, wählen Sie sie bitte, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Der Tatbeweis einer kurzen Präsentation ist hiermit tatsächlich erbracht. Gibt es weitere Vorschläge? Gibt es Bemerkungen? Wer Franziska Zaugg-Streuli als Stimmzählerin wählen möchte, soll dies nun mit seiner Hand bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen? Auch hier wurde die Kandidatin, bei einer Enthaltung durch die Gewählte selbst, ohne Gegenstimme gewählt. Herzliche Gratulation, liebe Franziska.

(Applaus)

■ **Zaugg-Streuli Franziska, Lehrerin (FDP), wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zur Stimmzählerin für das Jahr 2020 gewählt.**

Wem darf ich seitens der SVP-Fraktion das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Ich habe die Ehre der Vorstellung oder auch nicht, kommt es doch auch immer darauf an, wer kommt und wer nicht kommt. Wer dann auf dem Podium zu sitzen hat, redet dann eventuell nicht so viel im Rat oder kann dies miteinander vereinen. Ich möchte dafür gerne Roland Sommer vorschlagen. Er ist frisch Stadtratsmitglied, bereits mehrjähriges BPK-Mitglied und ich bedanke mich für eine entsprechend breite Zustimmung.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank. Wird nun dieser Vorschlag vermehrt oder gibt es dazu Bemerkungen? Dies trifft hier ebenso nicht zu. Wer Roland Sommer seine Stimme gibt, zeigt dies mit Handhochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei einer Enthaltung des Gewählten, ebenso ohne Gegenstimme gewählt ist Roland Sommer. Lieber Roland, herzliche Gratulation.

(Applaus)

■ **Sommer Roland, dipl. Bauleiter (SVP), wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zum Stimmzähler für das Jahr 2020 gewählt.**

Somit konnten wir Traktandum Nr. 2 bereits abschliessen und das Büro konnte ordnungsgemäss für das nächste Jahr besetzt werden.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Wahl Mitglied Finanzkommission (Ersatzwahl für den per 31. Dezember 2019 zurücktretenden Paul Bayard (SP))

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3 und der Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission, als Ersatz für den zurücktretenden Paul Bayard. Das Eintreten ist nicht bestritten, zumal es sich dabei auch um ein zwingendes Geschäft handelt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wem darf ich von der SP-Fraktion das Wort geben?

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Ich darf Ihnen meine Nachfolgerin vorstellen. Es geht dabei um Emanuela Ticli. Sie ist rund 50 Jahre alt, ich bin da nicht ganz sicher, hat sie doch Jahrgang 1968 ist somit eventuell bereits 51. Sie ist Tochter von Sepp Frezza. Viele von Ihnen werden ihn noch gekannt haben, war er doch GBI-Sekretär. Emanuela Ticli hat eine Tochter und sie fragte mich einst einmal an, ob sie nicht Mitglied der Finanzkommission werden dürfte. Ich habe da nichts dagegen, ist sie doch sehr dafür prädestiniert. Sie arbeitet in der Planung und im Controlling der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern und ist dort stellvertretende Finanzchefin. Seinerzeit machte sie zuerst das KV und anschliessend bildete sie sich zur Betriebswirtschafterin und eben auch zur Controllerin weiter. Von dem her ist sie für diese Aufgabe bestens befähigt und ich freue mich, wenn Sie sie wählen, zumal es uns ein Anliegen ist, auch in den Kommissionen eine ausgewogenere Geschlechtervertretung zu fördern. Ich glaube, dass es dazu der richtige Zeitpunkt ist. Sie wird übrigens auch für den Stadtrat kandidieren und ich denke, dass sie somit auch gute Chancen auf eine Wahl besitzt.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank Paul Bayard, auch gleichzeitig für den Werbespot zu den kommenden Wahlen. Gibt es weitere Vorschläge? Gibt es Bemerkungen? Wer Frau Ticli gemäss der Empfehlung von Paul Bayard seine Stimme geben möchte, soll dies mit seiner Hand bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen? Gut, somit ist Frau Ticli einstimmig gewählt. Befindet sich Frau Ticli im Rat? Nein, somit gratulieren wir ihr in Abwesenheit herzlich zur Wahl und wünschen ihr viel Befriedigung in diesem neuen Amt.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja einstimmig: Ticli-Frezza Emanuela (SP), Betriebswirtschafterin HF/Controllerin, wird in offener Wahl, mit Wirkung ab 1. Januar 2020, für den Rest der bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Finanzkommission gewählt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

4. Wahl Mitglied Sozialkommission (Ersatzwahl für die per 31. Januar 2020 zurücktretende Claudia Horisberger [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Unter Traktandum Nr. 4 kommen wir zur Ersatzwahl der zurückgetretenen Claudia Horisberger.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wer meldet sich hierzu zu Wort?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP schlägt Ihnen erneut eine Frau vor, und zwar Margit Eichenauer. Sie ist von Beruf Heilpädagogin und aktuell an der Sprachheilschule von Langenthal tätig. Sie ist bereits seit längerem in diesem Umfeld aktiv und wir sind der Meinung, dass dies hier auch sehr gut zu dieser Aufgabe in der Sozialkommission passt. Sie ist auch bereits länger Mitglied der SP, war bereits einmal vor 10, 15 Jahren Mitglied der Kindergartenkommission und kennt somit ein wenig das Metier. Ich möchte Sie deshalb bitten, sie als neues Mitglied der Sozialkommission zu wählen. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Gibt es weitere Vorschläge oder Bemerkungen dazu? Wer Frau Eichenauer entsprechend der Empfehlung des Fraktionssprechers Loser die Stimme geben möchte, soll dies nun entsprechend bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen? Somit ist Frau Eichenauer einstimmig gewählt. Auch ihr gratulieren wir in Abwesenheit zu Wahl und wünschen ihr viel Zufriedenheit für dieses neue Amt.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja einstimmig: Eichenauer Gerspacher Margit (SP), Heilpädagogin, wird in offener Wahl mit Wirkung ab 1. Februar 2020 für den Rest der bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Sozialkommission gewählt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4.1 Wahl Mitglied Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den per 31. Dezember 2019 zurücktretenden Bernhard Marti [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 4.1 neu betreffend die Ersatzwahl für Bernhard Marti, GPK.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich nehme an, dass Stadtrat Loser auch hier die Vorstellung übernimmt.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Ja, noch einmal ich. Ich wehrte mich eigentlich an der Fraktionssitzung dagegen, möchte ich doch nicht so viel am Rednerpult stehen, aber ich scheiterte. Deshalb stehe ich nun erneut hier. Es freut mich auch hier ausgesprochen, dass wir es schafften, für die GPK eine Frau dafür begeistern zu können. Ich schlage Ihnen für die GPK quasi noch einmal Martina Moser vor, die dieses Amt übernehmen würde. Sie ist sehr dafür geeignet und freue mich, wenn Sie ihr die Stimme geben würden. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Vorgestellt wurde sie uns ja bereits schon einmal. Gibt es Bemerkungen oder andere Vorschläge? Wer Martina Moser wählen möchte, bezeugt dies mit seiner Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Sie ist somit mit eigener Enthaltung, ohne Gegenstimme, gewählt. Martina Moser, herzliche Gratulation und noch einmal viel Spass und Zufriedenheit bei diesem anspruchsvollen öffentlichen Amt. Zweimal gewählt an einem Tag, das schafft nicht einmal ein Bundesrat.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung): Moser Martina (SP), Berufsschul- und Gymnasiallehrerin, wird in offener Wahl mit Wirkung ab 1. Januar 2020 für den Rest der bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Verwaltungsbesuch Geschäftsprüfungskommission 2019: Rückblick; Information

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt nun Traktandum Nr. 5, wieder gemäss bisheriger Traktandenliste. Ich übergebe das Wort dem GPK-Präsidenten Dietrich.

II Beratung:

GPK-Präsident Pascal Dietrich (FDP): Das ist ja ein atemberaubendes Tempo, das hier vorgelegt wird. Wenn es so weitergeht, dann müssen sie in der Küche des Bären vorwärts machen und das Essen eine Stunde früher bereit haben. Auch ich habe eigentlich nicht vor, allzu lange über den Verwaltungsbesuch der GPK zu reden. Warum nicht? Weil nämlich alles in Ordnung ist, um das ganz kurz so zusammenzufassen. Es ist ja üblich, dass die GPK jedes Jahr ein Amt besucht und wir wählten dieses Jahr das Finanzamt aus. Wir verfolgen dabei einen gewissen Turnus, der zwar nicht ganz fix bestimmt ist, aber wir haben doch das Ziel, dass man bei achtjähriger Mitgliedschaft in der GPK jedes Amt mindestens einmal gesehen haben sollte. Und das Finanzamt besuchten wir schon lange nicht mehr und deshalb statteten wir dieses Jahr dem Finanzamt unseren Besuch ab.

Wie bereits vorweggenommen, gewannen wir einen sehr guten Eindruck. In diesem Amt wird kompetent gearbeitet und dies kann hier wirklich lobend erwähnt werden. Es handelt sich ja beim Finanzamt um ein Querschnittsamt. Etwas salopp formuliert könnte man sagen, dass sie dort überall ein wenig dreinreden, weil eben fast jedes Geschäft etwas mit Finanzen zu tun hat. Entsprechend haben sie auch immer einen grossen Berg an Arbeit zu bewältigen, weil sie zu allem auch eine Stellungnahme verfassen müssen, und dies jeweils nebst dem normalen Tagesgeschäft. Das machen sie alles gemäss dem Eindruck, den wir gewinnen konnten, äusserst professionell und sehr seriös. Ich glaube, es ist wirklich wertvoll für die Stadtverwaltung Langenthal, dass das Finanzamt so gut funktioniert.

Einen Punkt, der noch nicht ganz so optimal ist, fanden wir dann doch noch. Dabei handelt es sich um das interne Kontrollsystem. Dies wird ja bereits seit einigen Jahren von den Revisionsgesellschaften immer wieder erwähnt, dass eigentlich die gesamten Prozesse im Rahmen eines internen Kontrollsystems dokumentiert vorliegen sollten. Man ist da bei der Stadtverwaltung, auch beim Finanzamt daran, dies entsprechend umzusetzen, aber die Arbeit ist noch nicht beendet. Es kommt dabei eben oft wieder etwas dazwischen, das noch wichtiger ist und eine höhere Priorität genießt. Entsprechend wurde das Zeitfenster für die Beendigung dieser Arbeit bereits mehrmals nach hinten verschoben. Nun ist es das Ziel, dass das IKS per Ende 2020 vorliegt.

Ich kann aber an dieser Stelle auch gleich anfügen, dass uns dies eigentlich keinen grossen Kummer bereitet. Dies deshalb nicht, weil wir noch einen weiteren Punkt feststellten, der positiv herauszustreichen ist. Dies betrifft namentlich die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzamt, die sich durch grosse Treue und eine lange Anstellungsdauer auszeichnen. Das ist effektiv bemerkenswert, wie wir im Finanzamt Leute haben, die seit ewigen Zeiten, dabei zum Teil länger als 40 Jahre, bei der Stadt Langenthal arbeiten. Das ist also wirklich unglaublich und sehr positiv zu vermerken. Dabei kann man auch wieder etwas salopp sagen, dass wir zwar kein IKS auf Papier haben, aber es eigentlich in den Köpfen dieser Angestellten besitzen. Diese Mitarbeitenden machen dies seit Jahrzehnten und die wissen genau, was zu tun ist und entsprechend vergessen sie nichts. Klar kann man festhalten, dass die Abläufe nun in Kürze auch schriftlich sichergestellt werden müssen, wenn es dann zu den ersten Pensionierungen oder zu sonstigen Wechseln kommt. Aber da ist man daran und solange die jetzige Crew im Finanzamt tätig ist, dürfen wir hier wirklich sorgenfrei leben und können es gut akzeptieren, wenn das noch ein paar Monate länger dauert, bis das IKS abgeschlossen ist. Also zusammengefasst spreche ich dem Finanzamt unser Kompliment aus und ich danke für den Besuch. Wir wurden auch sehr gut orientiert, gewannen einen guten Einblick und wir sind mit dem Resultat wirklich sehr zufrieden. Herzlichen Dank dem Leiter, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nicht zuletzt auch dem verantwortlichen Gemeinderat, der die politische Führung innehat. Vielen Dank.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank dem GPK-Präsidenten. Eine Diskussion ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Ich frage dennoch an, ob jemand eine Bemerkung hat? Da dies nicht zutrifft, schliessen wir dieses Traktandum auch gleich wieder ab.

III Abstimmung: Keine.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Motion der SVP-Fraktion vom 25. Juni 2018: Drittbeteiligungen bei der Haslibrunnen AG-Ausgliederung ernsthaft prüfen (am 29. Oktober 2018 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt); Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 34a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Hier geht es um die SVP-Motion betreffend die Drittbeteiligungen. Diese Motion wurde für erheblich erklärt und es handelt sich dabei um eine Richtlinien-Motion, wober Ihnen der Prüfbericht vorliegt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es handelt sich dabei um eine schriftliche Berichterstattung, wie es nach der 34 Jahre geltenden GO für Richtlinien-Motionen zwingend vorgesehen ist. Eine entsprechende Ergänzung ist nicht vorgesehen. Jetzt stellt sich die Frage, wem ich von den Motionären das Wort erteilen darf?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Ich möchte heute nicht zu lange reden. Ich möchte mich einfach bei allen Akteuren bedanken, die an diesem Papier mitarbeiteten und dazu beitrugen, wie nun diese Motion auf dem Tisch liegt. Wir erachten es als einen guten Ansatz, dass wir die Türe offenhalten, falls sich zu gegebenem Zeitpunkt oder in nahem Zeitraum irgendjemand meldet oder sich der Gemeinderat situativ nochmals bei Bauende damit beschäftigt und sich vielleicht anlässlich der Eröffnung eine Drittbeteiligung finden lässt. In dem Sinn möchten wir uns für die Ausarbeitung dieses Berichtes bedanken.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Ich ging zuvor etwas vorschnell vor und ich wollte noch nachfragen, ob die GPK das Wort verlangt? Ja, das trifft zu. Somit erteile ich, in einer nicht ganz präzisen Abfolge, nachträglich noch dem GPK-Präsidenten das Wort.

GPK-Präsident Pascal Dietrich (FDP): Merci, Herr Ratspräsident. Das macht gar nichts, so konnte ich mich in der Zwischenzeit kurz setzen. Zu diesem Traktandum hat die GPK nur eine kurze, aber vielleicht doch auch noch eine wichtige Bemerkung. Es geht bei dieser SVP-Motion heute ja nur noch darum, dass man von der Berichterstattung Kenntnis nimmt und anschliessend wird sie automatisch abgeschrieben. Das ist im Moment noch so in unserer Geschäftsordnung festgehalten und deshalb wird dies auch korrekterweise so gehandhabt. Ab dem 1. Januar 2020 ist dies dann nicht mehr so festgeschrieben, änderten wir diesen Punkt doch in unserer neuen Geschäftsordnung in dem Sinn, dass Art. 59 Abs. 3 neu definiert, dass "der Stadtrat über die Abschreibung parlamentarischer Vorstösse befindet." Das bedeutet, dass nach der Berichterstattung durch den Gemeinderat zu einem Vorstoss die Diskussion erfolgt, ob man damit zufrieden ist und die Auskunft soweit ausreicht. Wenn dem so ist, gehe ich davon aus, dass man die Motion abschreibt. Falls dies nicht zutrifft, muss man dann schauen, was man möchte.

Diese Änderung tritt, wie gesagt, mit der neuen Geschäftsordnung per 1. Januar 2020 in Kraft und in der GPK stellte sich die Frage, wie es sich mit all diesen Vorstössen verhält, die unter altem Recht bereits eingereicht sind, aber die Berichterstattung erst unter der neu geltenden Ordnung erfolgt. Entsprechend möchten wir an dieser Stelle noch festhalten, dass die GPK schon auch der Meinung ist, nachdem es auch keine Übergangsbestimmungen gibt, dass die jetzt noch hängigen Vorstösse ab 1. Januar nach der neuen Geschäftsordnung zu behandeln sind. Konkret heisst das, dass der Stadtrat dann über die Abschreibung befindet. Dies halte ich hier so zur Präzisierung fest, wie wir dies als GPK sehen und diese Haltung somit auch Eingang ins Protokoll findet. Vielen Dank.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke dem GPK-Präsidenten. Das Wort liegt nun bei den Fraktionen; wer möchte sich äussern? Gibt es Einzelsprecher, die sich zu Wort melden möchten? Möchte die damals motionierende SVP-Fraktion nochmals das Wort? Wünscht der Vertreter des Gemeinderates das Wort? Das wird ebenso wenig gewünscht. Somit nahmen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zur erheblich erklärten Motion und gestützt auf Art. 34 Abs. 2 der geltenden GO ist somit die Motion erledigt und vom Protokoll abgeschrieben.

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 34a Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zur Motion der SVP-Fraktion vom 25. Juni 2018: Drittbeteiligungen bei der Haslibrunnen AG-Ausgliederung ernsthaft prüfen** (am 29. Oktober 2018 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt).

Gemäss Art. 34a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates wird die Motion mit Richtliniencharakter damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Motion Marti Bernhard (SP), Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2019: Verkehrsregime Hübeli; Stellungnahme¹

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zum nächsten Traktandum Nr. 7, Motion Bernhard Marti und Mitunterzeichnende betreffend Verkehrsregime Hübeli.

II Beratung:

Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und ich nehme an, dass diese nicht ergänzt wird. Doch, Markus Gfeller wünscht noch das Wort und selbstverständlich bekommt er dieses.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Die schriftliche Berichterstattung schien uns ein wenig zu mager um nichts mehr dazu zu sagen und deshalb mache ich das hier nun gerne. Es geht dabei ja um die Motion betreffend Verkehrsregime Hübeli: "Der Gemeinderat wird beauftragt im Bereich Hübeligasse – Brauihof – Wiesenstrasse, das Verkehrsregime der Begegnungszone einzuführen.". Das umschreibt an und für sich das gestellte Begehren. Anschliessend erfolgt sogleich die Begründung, warum man dies nicht so machen sollte: "Bereits heute verhalten sich die Fussgängerinnen und Fussgänger auf den Strassen rund ums Hübeli so, als würde dort eine Begegnungszone bestehen". Das heisst somit, dass gar kein Handlungsbedarf besteht. Sie sahen es in Ihren Akten, dass die Stellungnahme der involvierten Ämter, einerseits das Stadtbauamt, andererseits das AföS², völlig unterschiedlich ausfallen. Das hat nichts damit zu tun, dass diese beiden Ämter total unterschiedliche Haltungen vertreten, sondern dies ist darauf zurückzuführen, dass sie eine unterschiedliche Optik haben. Während dem das AföS sich gewohnt ist, mit bestehenden Situationen umzugehen und dazu Lösungen zu finden, beschäftigt sich das Stadtbauamt vermehrt mit Planungsaufgaben und besitzt dadurch möglicherweise eine etwas längerfristige Optik. Dies führt sodann zu dieser unterschiedlichen Stellungnahme.

Im Gemeinderat berieten wir dieses Thema und wir entschieden uns dafür, die etwas längerfristige Optik zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang kam man dann zur Empfehlung, diese Motion, oder allenfalls auch eine Wandlung, für erheblich zu erklären. Basierend auf den Kosten beurteilen wir diese Motion als Richtlinienmotion. Jetzt stellt sich die Frage, warum wir uns für die Erheblicherklärung entschieden? Grundsätzlich ist es sinnvoll, dass man in der Innerstadt ein einheitliches Verkehrsregime umzusetzen versucht. In diesem Zusammenhang haben wir zum heutigen Zeitpunkt in der Jurastrasse eine 20er-Zone, wir haben in der unteren Marktgasse zwischen dem Chrämerhuus und dem Bären eine 20er-Zone und auch oben zwischen dem "Choufhüsi" und dem Löwen gibt es eine Fussgängerzone. Die Querverbindung zwischen Manor und Coop ist im Moment noch als 50er-Zone definiert. Dort werden wir uns sicherlich im Zusammenhang mit dem Verkehrsrichtplan, der zurzeit in Überarbeitung ist, Gedanken machen, ob dies längerfristig sinnvoll ist. Gleichzeitig kann man sich dann überlegen, die Hübeligasse, respektive das hier motionierte Begehren ebenso umzusetzen. Was seitens des AföS dagegen sprach, betrifft den Flickenteppich, weil man nicht möchte, dass sich die Verkehrsteilnehmer nicht - wie heute gewohnt, auf den Verkehr und die Fussgänger konzentrieren können, sondern sich vielmehr plötzlich auf einen Schilderwald zu fokussieren haben. Deshalb war man der Meinung, dass es vielleicht zum heutigen Zeitpunkt nicht so angebracht ist, dies gleich sofort umzusetzen. Aber wie gesagt betrachten wir dies im Zusammenhang mit dem Verkehrsrichtplan als gute Idee, sich dazu die entsprechenden Gedanken zu machen. Darin begründet sich in dem Sinn unsere Empfehlung auf Erheblicherklärung und die Qualifizierung als Richtlinienmotion. Besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Gemeinderat Markus Gfeller. Seitens der GPK liegt mir keine Anmeldung auf Berichterstattung vor. Somit haben die Motionäre das Wort und offensichtlich wünscht dies Stadtrat Marti zu bekommen.

¹ Verschoben durch Entscheid Stadtratspräsident vom 29.10.2019.

² Amt für öffentliche Sicherheit.



Bernhard Marti (SP): Der Gemeinderat Gfeller sagte es richtig und er bewies damit auch, dass er den ersten Satz der Begründung las. Beim zweiten Satz schien er dann allerdings bereits ein wenig zu ermüden, denn dort steht dann genau beschrieben, dass die Fussgängerinnen und Fussgänger sich so verhalten, als würde es sich um eine Begegnungszone handeln, aber der übliche motorisierte Individualverkehr teilweise eben nicht. Und genau deshalb kam es zu dieser Motion. Ich passiere diesen Ort täglich jeweils mehrmals und ich sehe, wie dort die Leute auf der Strasse "herumhütern", was sich nicht anders beschreiben lässt. Dabei gibt es Autofahrer, die diese 50er-Zone gut ausnutzen und es gibt vor allem Leute, die wenig Verständnis dafür haben, wenn man mit dem Auto beim Schuhmacher Sport in den Innenhof fährt, weil sie nicht verstehen, was das Auto dort zu suchen hat, handelt es sich doch in ihren Augen um eine Fussgängerzone. Nein, das ist es eben nicht und es ist sogar eine 50er-Zone und man darf mit 50 km/h nach hinten zu diesem Parkplatz fahren, was ich selbstverständlich nicht mache.

Auf alle Fälle rund um das Hübeli sind die Trottoirs flach gestaltet und es sieht eigentlich danach aus, als wäre es eine Begegnungszone. Das Bedürfnis sehe offenbar nicht nur ich, zieht man nämlich das Voting zu Rate, das die BZ freundlicherweise installierte, so befürworteten dies 100% aller Leute unter Teilnahme von immerhin 23 Personen. Ich hoffe natürlich heute Abend, dass mehr als 23 Personen dem Begehren zustimmen und sich 100% dafür aussprechen, wofür ich sehr dankbar wäre. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Merci, Stadtrat Marti. Das Wort liegt nun bei den Fraktionen. Wer möchte sich äussern?

FDP/JIL-Fraktion Robert Kummer (FDP): Auch uns von der FDP/jil-Fraktion sind die diametral gegensätzlichen Stellungnahmen vom Stadtbauamt und vom Amt für öffentliche Sicherheit ins Auge gestochen. Entsprechend besteht für uns kein Leidensdruck, dass man eine Einzellösung forcieren und den Flickenteppich erweitern müsste. Wir unterstützen grossmehrheitlich weder die Motion, noch ein Postulat oder den Antrag des Gemeinderates. Merci.

SVP-Fraktion Stefan Grossenbacher (SVP): Es geht um das Hübeli, wir hörten es bereits. Es kann nicht schnell gefahren werden und die Fussgänger sind dort eigentlich in der Überzahl. Die Strassenführung mit den Kurven und den parkierten Autos führen einfach zu einem langsamen Fahren. Die Stadt hat ja gegenüber dem Bund und dem Kanton 20er- und 30er-Zonen auszuscheiden, ansonsten fallen dann die Beiträge für den ESP Bahnhof nicht mehr so hoch wie angekündigt aus. Entsprechend sind wir eigentlich darauf angewiesen, entsprechende Zonen auszuscheiden. Dabei ist zu erwähnen, dass sich in der oberen Schulhausstrasse bereits eine Fussgängerzone befindet. Diese führt soweit bis zum Ort, wo eigentlich die Wiesenstrasse einbiegt und die Schulhausstrasse weiterführt. Dort befindet sich eben bereits eine Fussgängerzone, die heute Abend noch nicht erwähnt wurde. Es geht deshalb um kein Flickwerk, sondern einfach um einen Anschluss. Wie wir hörten, besteht es eigentlich schon und so braucht es dort keine teure Planung, die erneut Fr. 15'000.00 kostet und uns ein St. Galler vorschreibt, dass es dort eine Fussgängerzone braucht. Manchmal habe ich schon den Eindruck, dass wir ein wenig betriebsblind sind und gar nicht mehr sehen, was wir in Langenthal alles haben. Dabei ist festzuhalten, dass solche Lösungen nicht für endlich und immer bestimmt sind, denn in fünf Jahren weiss man vielleicht mehr, wie der Verkehr funktioniert und dann ergeben sich wieder andere Möglichkeiten, dies entsprechend umzusetzen. Auch die Planer sehen nicht weiter als diese fünf Jahre, zumal sich vieles im Umbruch befindet und wir noch sehen werden, wie sich alles weiterentwickelt. Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich dafür. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Janosch Fankhauser (SVP): Wir führten vorgängig noch kurzfristig einen Mailverkehr. Ich kam heute etwas zu spät, wofür ich mich entschuldigen möchte. Ich konnte mich deshalb noch zu wenig mit Stefan austauschen, will damit aber seine Aussage nicht untergraben. In der Diskussion per Mail waren wir der Meinung, dass wir dort die Einrichtung einer Begegnungszone befürworten. Fakt ist aber, dass man meines Wissens aktuell an einer Überarbeitung der Verkehrsplanung ist und diese sollte eigentlich im nächsten Jahr in den



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Rat kommen. Warum sollen wir nun als Flickwerk einzelne Positionen genehmigen, wenn man doch allenfalls anstrebt, eine gesamtheitliche Lösung zu realisieren, die die gesamte Innerstadt berücksichtigt und anhand dessen genau definiert werden könnte, was wo gewollt und was wo möglich ist? Auch in dem Fall können wir über die kantonalen Subventionen diskutieren oder auch dann kann der Kanton uns entsprechende Vorschriften vorlegen. Wenn wir jetzt aber nur das eine anschauen und nicht das gesamte in der Innerstadt betrachten, finde ich es verrückt, wenn wir heute nur einen Bereich genehmigen. Dabei laufen wir Gefahr in einem weiteren Schritt dort wieder an einer Stelle eine Beschränkung rückgängig zu machen, weil es dann vielleicht doch nicht funktioniert. Auch wenn es nur um fünf Meter dieses Perimeters geht, den man jetzt eingrenzen möchte. Ich möchte Sie deshalb bitten, ein wenig Zuversicht und Vertrauen in die Verwaltung zu haben. Sobald die Überarbeitung des Verkehrsrichtplans vorliegt, kommt es zu einer Mitwirkung und dann ist der Zeitpunkt gegeben, allenfalls zu schalten und zu walten, auch Einspruch zu erheben oder einfach unsere Meinung kundzutun und dies entsprechend zu genehmigen. Ich bitte Sie, der Verwaltung diese Chance zu geben, dass wir nächstes Jahr den Verkehrsrichtplan diskutieren können und wir dann ein Gesamtwerk verabschieden können, und nicht einzelne Massnahmen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Voten? Möchte sich der Vertreter der Motionäre nochmals zu Wort melden?

Bernhard Marti (SP): Nur kurz: Es geht eigentlich um eine rechtliche Anpassung der tatsächlichen Verhältnisse. Wir haben heute die Möglichkeit den Anstoss zu geben zu dieser Anpassung. Es ist ein Verkehrsrichtplan unterwegs, aber über den Zeitpunkt des Erscheinens gibt es keine Garantie. Deshalb gibt es aus meiner Sicht auch keinen Grund für ein Zuwarten, bis dieser Plan dann irgendwann einmal erscheint. Entsprechend bitte ich Sie um Unterstützung dieser Motion.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Möchte sich die Vertretung des Gemeinderates auch nochmals dazu äussern?

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Damit es zu keinen Missverständnissen kommt, verweise ich darauf, dass der Verkehrsrichtplan nicht dem Stadtrat vorgelegt wird, aber es wird selbstverständlich eine öffentliche Mitwirkung geben. Es handelt sich dabei um ein Planungsdokument, das in dem Sinn in der Hoheit des Gemeinderates liegt. Aber wie gesagt gibt es dazu eine öffentliche Mitwirkung, an der Sie sich beteiligen können. Und ganz zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass ich doch den gesamten Motionstext las, heisst es dort doch im letzten Absatz, "zur Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger ist es dringend notwendig, die rechtlichen Grundlagen den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen". Ich bin nicht ganz sicher, ob die Sicherheit besser wird, wenn die rechtliche Situation anders aussieht, aber man erhält dann eher recht. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke dem Gemeinderat. Wir schreiten somit zu den Abstimmungen. Es ist gemäss B&A des Gemeinderates beantragt, die Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren. Wer dieser Qualifikation zustimmt, soll dies mit Handhochhalten anzeigen. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen?

Wer die nicht gewandelte Motion entsprechend dem Antrag des Gemeinderates für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun mit seiner Hand bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Gut, wir wiederholen die Abstimmung betreffend Erheblichkeit, auch wenn man sich das Ergebnis ausdenken kann. Wer entsprechend dem gemeinderätlichen Antrag die Motion Marti für erheblich erklären will, zeigt dies mit seiner Hand an. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja einstimmig:**

I. **Die Motion Marti Bernhard (SP), Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2019: Verkehrsregime Hübeli wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

II. 1. **Die Motion Marti Bernhard (SP), Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2019: Verkehrsregime Hübeli wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Ergänzung des Ortspolizeireglements; Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 8, Motion Paul Bayard betreffend die Ergänzung des Ortspolizeireglements. Die Stellungnahme des Gemeinderates erfolgt durch Markus Gfeller.

II Beratung:

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Es geht hier um das Feuerwerk: "Der Gemeinderat wird beauftragt, das Ortspolizeireglement in Artikel 60 so zu ergänzen, dass das Abbrennen von Feuerwerk grundsätzlich verboten sein soll. Ausnahmen können nur für die Feiertage am 1. August und an Silvester gelten". Das ist das Begehren, das hier formuliert wurde. Es stellt einen Eingriff in ein Reglement dar. Für das Reglement ist der Stadtrat zuständig und somit ist die Qualifikation als Weisungsmotion aus meiner Sicht eigentlich klar und der Gemeinderat kam ebenso zum selben Schluss.

Nun geht es noch darum, die Motion für erheblich oder nicht erheblich zu erklären. Dazu möchte ich kurze eine kleine Vorbemerkung machen. Das Ortspolizeireglement der Stadt Langenthal ist nicht mehr das Allerneuste, was uns bewusst ist und es ist auch so, dass wir dies eigentlich bereits seit längerer Zeit auf unserer Pendenzenliste haben, dies irgendwann überarbeiten zu wollen. Wir warteten ab, bis das kantonale Polizeigesetz in Kraft tritt, was jetzt im Verlaufe dieses Jahres geschah. Jetzt warten wir noch die Inkraftsetzung der Verordnung zum kantonalen Polizeigesetz ab, was per 1. Januar 2020 erfolgen sollte. Sobald dann die übergeordneten Bestimmungen vorliegen, möchten wir wirklich umgehend die Überarbeitung des Ortspolizeireglements in Angriff nehmen. In diesem Zusammenhang ergibt sich dann ganz sicher die Gelegenheit, zu allen möglichen polizeilichen Vorschriften, Verboten und Geboten Stellung zu nehmen.

Dies ist mit ein Grund, weshalb der Gemeinderat die Ansicht vertritt, dass hier zum heutigen Zeitpunkt eine Nichterheblicherklärung angebracht ist. Es gibt aber auch noch weitere Punkte, die eher für eine Nichterheblicherklärung sprechen. Dies insbesondere deshalb, weil es aufgrund der Meldungen aus der Bevölkerung gar keinem Bedürfnis entspricht. Das heisst, es gibt gar keine Reklamationen unter dem Jahr, dass sich Leute über zu viel Feuerwerk beschwerten. Dennoch kann man selbstverständlich die Haltung vertreten, Feuerwerk zu mögen oder eben nicht zu mögen. Man kann die Feinstaubbelastung, die ein Feuerwerk verursacht, wollen oder nicht wollen. Fakt ist aber, dass es im Moment dazu eigentlich keine Beschwerden gibt. Im Weiteren würde sich dann auch noch die Frage stellen, ob dann ein Abbrennen von Feuerwerk auch noch am 31. Juli oder am 2. August möglich sein sollte, oder ob dies aufgrund dessen bereits verboten wäre. Gleiches gilt für Silvester mit den Tagen zuvor und danach. Also gibt es da sicherlich noch das eine oder andere Abgrenzungsproblem. Da einerseits keine Reklamationen vorliegen und man dann andererseits aufgrund der bevorstehenden Revision des Ortspolizeireglements die Gelegenheit erhält, zu diesem Thema grundsätzlich Stellung zu nehmen, sieht der Gemeinderat im Moment eine Nichterheblicherklärung als sinnvoll an.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke dem Vize-Stadtratspräsidenten Markus Gfeller. Eine Berichterstattung durch die GPK ist bei mir keine angemeldet. Ich nehme an, dass sich für die Motion der Motionär selber äussern wird. Somit übergebe ich das Wort an Paul Bayard.

Paul Bayard (SP): Ich danke für die Worterteilung. Ich bin natürlich enttäuscht darüber, dass der Gemeinderat meine Motion nicht überwiesen haben möchte. Bei meinem Vorstoss geht es ja einzig darum, die Bevölkerung für einen zurückhaltenden Einsatz von Feuerwerk zu sensibilisieren. Mensch und Tier sollen vor schädlichen Immissionen geschützt werden. In den letzten Jahren verbreitete sich nach meinem Dafürhalten die Verwendung von Feuerwerk etwas inflationär; an jeder Hochzeit, bei jeder "Hundsverlochete" wird irgendwo ein Feuerwerk gezündet. Man kann das schön oder gut finden, aber ich finde es eben weder schön noch gut. Vielleicht schon noch schön, aber nicht wirklich gut, weil halt eben die damit verbundenen



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Immissionen in keinem Verhältnis dazu stehen. Ich möchte versuchen, der Unsitte dieser Feuerwerke zumindest in Langenthal ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Feuerwerke sind keine ungefährlichen Spielereien, passieren doch jedes Jahr Unfälle und geraten Häuser, manchmal auch Bauernhäuser, in Brand. Wenn eine solche Rakete auf dem Heustock einschlägt, zeitigt dies relativ desaströse Folgen. Mich traf einmal eine Rakete bei einer 1. August-Feier auf der Haggenegg bei den Mythen mitten in der Inner- schweiz, einem ganz wichtigen Ort in der Schweiz und verletzte mich damit auch relativ schwer. Ich erlitt dabei Brandwunden und Spätfolgen im Sinne eines unheilbaren Tinitus stellen ein Souvenir an diese damalige Feier dar. Für mich war das nicht eine besonders gute Erinnerung. Ich bitte Sie auf jeden Fall mein Vorhaben zu unterstützen, damit wir hier in kleinem Rahmen das machen können, was eigentlich die Aufgabe der landesweiten Politik sein müsste. Der Schutz vor uneinsichtigen Knalltüten müsste im Interesse aller normal denkender Schweizer sein.

Ich informiere gleich auch noch vorneweg, dass die SP/GL-Fraktion diese Motion grossmehrheitlich unterstützt, das heisst praktisch einstimmig, soviel ich weiss. Ich bin der Meinung, dass es sehr wohl einem Bedürfnis entspricht, auch wenn der Gemeinderat dies so nicht anerkennen möchte. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Das Wort liegt, wie bereits von Paul Bayard angekündigt, bei den Fraktionen. Welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion Roland Bader (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion lehnen diese Motion wie auch die Wandlung in ein Postulat ab. Aus unserer Sicht steht genug klar im Reglement, was man darf und was man nicht darf. Daneben wird es eh ein neues Reglement geben und es verursacht der Stadt Langenthal bislang auch keine Probleme.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Fraktionsvoten? Melden sich Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Möchte sich der Motionär nochmals äussern? Möchte sich der Gemeinderat nochmals dazu äussern?

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Ich habe nur kurz zwei Punkte. Ich bin der Ansicht, dass eine Erheblicherklärung auf Basis der Punkte, die Paul Bayard anführte, erst dann Sinn macht, wenn man das Begehren effektiv konsequent umsetzt und Feuerwerk auch am 1. August und am 31. Dezember verbieten würde. Wenn man schon ein Verbot aussprechen will, können auch dann Häuser abbrennen oder Unfälle verursacht werden. Somit macht es wenig Sinn, wenn dies an zwei Tagen zugelassen ist. Wir fahren ja innerorts auch nicht mit 80km/h, nur weil gerade Silvester ist. Den zweiten Punkt betrifft die Anerkennung. Es geht nicht darum, ob der Gemeinderat dieses Bedürfnis anerkennt oder nicht, sondern es geht darum, ob sich irgendjemand daran stört. Wenn es zu Reklamationen kommt, so werden diese bei der Polizei in einem Journal festgehalten und anschliessend werden sie uns zur Kenntnis gebracht. Wenn es aber keine Reklamationen gibt, so können auch keine festgehalten werden. Wir kontrollierten dieses Journal selbstverständlich, ob entsprechende Reklamationen festgehalten wurden. Und deshalb erklären wir, dass es keine Reklamationen gibt, und nicht, weil wir das Gefühl haben, irgendein Bedürfnis nicht anerkennen zu wollen, sondern weil schlichtweg keine entsprechenden Meldungen vorliegen. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Gemeinderat beantragt die Motion als solche mit Weisungscharakter zu qualifizieren. Wer dies ebenso sieht, soll dies mit Handzeichen bezeugen. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen? Wir sind in der Zwischenzeit 38 anwesende Stadträtinnen und Stadträte.

Wer gemäss Ziffer 2 B&A des Gemeinderates auf Seite 1 zu Traktandum Nr. 8 die Motion Bayard für nicht erheblich erklären möchte, so wie es der Gemeinderat vorschlägt, soll nun seine Hand hochhalten. Gegenmehr? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja einstimmig:**

I. **Die Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019:** Ergänzung des Ortspolizeireglements **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

II. 1. **Die Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019:** Ergänzung des Ortspolizeireglements **wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



9. Motion Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Allmendverordnung Marktgasse; Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 9, Motion Gerhard Käser und Mitunterzeichnende betreffend Allmendverordnung Marktgasse. Auch hier liegt ein zwingendes Geschäft vor und entsprechend erübrigt sich eine Abstimmung über das Eintreten.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung für den Gemeinderat liegt bei Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Die Frage der Attraktivierung der Innerstadt oder das Schaffen von möglichst guten Rahmenbedingungen für das ortsansässige Gewerbe, inklusive dem Detailhandel, wie auch der Erhalt attraktiver Dienstleistungsangebote für die Langenthalerinnen und Langenthaler sowie für zahlreiche auswärtige Gäste stellt eine Daueraufgabe für den Gemeinderat Langenthal dar. "Märitgass 2020", um nur die letzte Attraktivierungsmassnahme zu nennen, die die Gewerbevereine, die Stadtvereinigung und die Stadtbehörde zusammen lancierten, ist Zeuge dieser Bestrebungen. Auch dort war das Schaffen einer "neuen" Allmendverordnung schon ein Thema.

Solche Verordnungen gehören bei uns in Langenthal, und insbesondere was die Marktgasse betrifft, in die Überbauungsordnung Nr. 25. Darin ist auch die heutige Nutzung klar geregelt. Ich erlaube mir drei Artikel unter Kapitel "2. Regelung zur Nutzung" zu zitieren.

Unter Art. 8 "Nutzungsbereiche" Abs. 1 steht: "Der Raum zwischen den heute bestehenden Gebäuden unterteilt sich in folgende Bereiche: a) bisherige Fahrbahn, b) an die Fahrbahn angrenzende Seitenbereiche und erhöhte Trottoirs. Die zulässigen Nutzungen sind in Art. 9 bis 11 geregelt".

Unter Art. 9 steht dann: "Nutzungen bisheriger Fahrbahnen". Man hat dort also den Bereich der Fahrbahn, die sich relativ flach am Boden befindet, definiert. Unter Abs. 1 finden sich folgende Ausführungen: "Die bisherige Fahrbahn dient den folgenden Nutzungen: Veloverkehr, Fussgängerverkehr, Güterumschlag, Festanlässe, besondere Veranstaltungen und dergleichen, Märkte, Zufahrt zum Invalidenparkplatz, Entlastungskanal für Hochwasser." Weiter steht da noch, dass "die Durchfahrt für Fahrzeuge jederzeit gewährleistet sein muss." Ich zitiere weiter: "Der Polizeiinspektor kann für Festanlässe oder für andere besondere Veranstaltungen befristet abweichende Nutzungen bewilligen."

In Art. 10 ist die Nutzung festgelegt für "die Seitenbereiche und erhöhte Trottoirs". Dort steht unter Abs. 1: "Diese Bereiche dienen folgenden Nutzungen: Fussgängerverkehr, mobile Geschäftsauslagen, Strassencafés, Verkaufsstände sowie Imbissstände, soweit diese Anlagen und Einrichtungen innert einer Stunde entfernt werden können (Hochwasserschutz)". Unter Abs. 2 ist nachzulesen: "Einrichtungen und Anlagen im Sinne von Art. 10 erfordern keine Baubewilligung. Vorbehalten bleiben Bewilligungen der besonderen Gesetzgebung". Unter Abs. 3 wird festgehalten: "Nicht zulässig sind massive und dauernd mit dem Boden festverbundene Bauten und Einrichtungen. Vorbehalten bleiben die bestehenden Terrassen auf Parzelle Nr. 461 und Nr. 838 (Bestandesgarantie). Die Baubewilligungsbehörde kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen bewilligen".

Dies ist das, was heute in der Überbauungsordnung Nr. 25 betreffend die Nutzung der Marktgasse festgehalten ist. Der Motionär verlangt nun, dass hier zur Attraktivierung und zum Erreichen von mehr Leben in der Gasse die bestehende Überbauungsordnung angepasst werden müsste. Wahrscheinlich dahingehend, dass weitere Teile oder Bereiche, die heute noch ausgeschieden sind, dauerhaft mit Bauten versehen und genutzt werden können. Aus Sicht des Gemeinderates müsste dazu eine Diskussion zusammen mit dem Hochwasserschutzverbund und den Grundeigentümerschaften der privaten Seitenbereiche eingeleitet werden. Der Gemeinderat möchte sich dieser Diskussion nicht verschliessen und er ist gewillt, die Fragen, die sich hier stellen und die Gespräche, die dazu geführt werden müssen, im Rahmen der bereits erwähnten



Überarbeitung des Verkehrsrichtplans auch entsprechend zu klären, respektive anzugehen.

Interessanterweise reichte die SVP-Fraktion an der letzten Stadtratssitzung einen ziemlich gegenteiligen Vorstoss zur Bewirtschaftung der Marktgasse ein, zumindest was die Bewirtschaftung der Fahrbahn betrifft. Wir sind deshalb hier und heute auch gespannt, wie sich die Diskussion entwickelt. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat die Annahme als Postulat, damit sich dies auch auf demselben Niveau wie die Richtlinienmotion betreffend Hübeli befindet und das Anliegen anschliessend auch im Rahmen der Überarbeitung des Verkehrsrichtplans mitüberprüft werden kann. In dem Sinne hoffen wir auf die Wandelung durch den Motionär. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke dem Stadtpräsidenten. Eine Berichterstattung der GPK ist bei mir nicht angemeldet. Für die Motionäre ist das Wort bei Stadtrat Käser.

Gerhard Käser (SP): Merci für die Ausführungen, Herr Stadtpräsident Reto Müller. Schade, dass der Gemeinderat diese Motion nicht für erheblich erklären möchte. Allmendverordnungen sind ja bereits in gewissen Städten an vielen Orten die Regel. Es wäre sicherlich auch gut, wenn wir das auch in Langenthal so machen würden. Ob dies dann zusammen mit dem Verkehrsrichtplan klappt, steht allerdings in den Sternen.

Ich habe natürlich ein gewisses Verständnis für diese Argumentation, vor allem wegen dem Verkehrsrichtplan, der dann noch folgt. Für uns als Fraktion spielt der Verkehrsrichtplan aber kaum eine Rolle, ist das "piece de résistance" ja offenbar wirklich die Obere Marktgasse und die Allmendverordnung würde dann ja für den gesamten inneren Kern Gültigkeit haben. Wir benötigen aber keine Optionen bei der Oberen Marktgasse. Wir wollen die Verkehrsfreiheit dieser Gasse bewahren und wir werden dies auch verteidigen. Wenn man schon um die Mehrheit weiss, die eine Allmendverordnung fordert und das dortige Trasse zu nutzen wünscht, dann kann man dies bereits auch jetzt schon machen und braucht nicht abzuwarten, bis der Verkehrsrichtplan vorliegt. Weil wir dies bewahren möchten, müssen wir dem Gewerbe jede Möglichkeit bieten, diese Gasse zu bewirtschaften. Ich erinnere daran, dass die verkehrsfreie Marktgasse ja aufgrund einer Volksabstimmung zustande kam. Das Volk hat immer recht und das Volk hat auch ein Recht darauf, dass wir die Rahmenbedingungen so definieren um die verkehrsfreie Marktgasse auch entsprechend richtig bewirtschaften kann. Wir bitten Sie diese Motion zu unterstützen und für erheblich zu erklären.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Das Wort liegt nun bei den Fraktionen; welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen? Da sich keine Fraktion äussern möchte, frage ich an, ob sich eine Einzelsprecherin oder ein Einzelsprecher zu Wort melden möchte? Es ist wahrscheinlich obsolet, aber ich frage dennoch, ob sich Stadtrat Käser nochmals äussern möchte?

Gerhard Käser (SP): Gewisse Dinge scheinen offenbar bereits durchgesickert zu sein. Entsprechend wandle ich die Motion in ein Postulat um, so wie das der Gemeinderat empfiehlt.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Sie hörten es, dass der Motionär sein Vorstoss nach ausführlichster Diskussion, zumindest fraktionsintern, in ein Postulat umwandelte. Das Wort wäre jetzt noch bei der Vertretung des Gemeinderates.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank. Ich sagte zuvor, dass wir gespannt seien hinsichtlich der folgenden Diskussion. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir zeichnen uns heute durch einen ausgesprochen effizienten Ratsbetrieb aus und kommen somit direkt zur Abstimmung. Die Abstimmung über die Qualifikation der Motion erübrigt sich ja jetzt, da wir keine Motion mehr vorliegen haben. Wir stimmen direkt über das Postulat ab. Der Gemeinderat beantragt Ihnen hier, die Motion Käser im Falle einer Wandelung als erheblich zu erklären. Wer diesem Antrag gemäss B&A Traktandum Nr. 9 folgen, das Postulat für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies nun per Hand an. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

1. **Das Postulat** (gewandelte Motion) **Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Allmendverordnung Marktgasse wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. **Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (glp), Lehmann Andri (parteilos) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Bekämpfung von Littering in der Ausgehzone Jurastrasse/Marktgasse/Wuhrplatz; Stellungnahme, Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 10 in Sachen Postulat Saima Sägesser. Auch hier liegt ein zwingendes Geschäft vor.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Der Gemeinderat nimmt dazu Stellung und zwar nicht nur zur Frage der Erheblicherklärung, sondern auch gleich im Sinne der Berichterstattung zur Sache selber. Sodann würde im Falle einer Erheblicherklärung der Vorstoss auch gleichzeitig abgeschrieben. Die Berichterstattung für den Gemeinderat macht Pierre Masson und ich übergebe ihm sogleich das Wort.

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Mit diesem Postulat wird der Gemeinderat um Prüfung gebeten, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um Littering rund um das Chrämerhuus und den Wuhrplatz in der Begegnungszone Jurastrasse und in der unteren Marktgasse aktiv zu bekämpfen. Insbesondere soll dabei auch die aktuelle Situation bezüglich Abfallkübel und Fehlverhalten der Konsumierenden angegangen werden. Littering ist auch in der Stadt Langenthal ein Dauerbrenner und in diesem Sinne bedanken wir uns auch für diesen Vorstoss. In den letzten paar Jahren unternahmen wir verschiedene Anläufe, uns diesem Thema anzunehmen und die Herausforderung in den Griff zu bekommen. Leider ist Littering in der Zwischenzeit auch oft vermischt mit oder gekoppelt an Vandalismus, was das Ganze nicht unbedingt einfacher macht.

Grundsätzlich darf aber festgehalten werden, dass wir in einer sauberen und attraktiven Stadt leben. An dieser Stelle möchte ich gleich allen danken, die tagtäglich dafür besorgt sind. Das Thema Littering kann grundsätzlich aus zwei verschiedenen Richtungen behandelt werden. Man kann einerseits schauen, was infrastrukturell vorhanden ist; das heisst, hat es Abfallbehälter und sind diese auch entsprechend sichtbar. Auf der anderen Seite gilt es natürlich auch zu versuchen, das menschliche Verhalten etwas entsprechend zu lenken.

Zur Infrastruktur: Da wurden ja beispielsweise diese Abfallkübel auch im Postulat erwähnt. Wir schauten uns schon mehrfach die Situation bezüglich dieser Abfallkübel an und prüften dies auch. Eine solche Prüfung beinhaltet die Kontrolle des Standortes und die Einsehbarkeit dieser Behälter, damit diese wirklich ersichtlich sind, wenn man Abfall zu entsorgen hat. Daneben geht es sicherlich auch um die Art der Kübel, damit sie auch möglichst gut dem Standort entsprechen. Den letzten Coup, den wir landen konnten, betraf den Wuhrplatz. Wir installierten dort eine Sammelstelle für verschiedene Abfallfraktionen. Die Auswertung zeigte uns erfreulicherweise, dass der Standort und auch das Verhalten an diesem und rund um diese Station herum funktioniert. Es geht nun darum, dass man jetzt weitere Standorte sucht, die sich für solche Trennsysteme eignen, um dann anschliessend solche Standorte auch entsprechend zu bestücken.

Zum menschlichen Verhalten: Die Erfahrung und wahrscheinlich auch Ihre eigenen Beobachtungen zeigen, dass gewisse Menschen diesbezüglich noch einige Defizite aufweisen. Und die schwierige Frage, die sich dabei stellt, betrifft das Vorgehen, wie man solche Leute genau abholt. Wie kann diesen Menschen aufgezeigt werden, was sie alles durch ihr Fehlverhalten auslösen und wie einfach ein solches Fehlverhalten behoben werden könnte? Eine ganz wirksame Massnahme gegen Littering ist eine saubere Stadt. Und darüber verfügen wir auch, wie ich bereits eingangs erwähnte. Die Mitarbeitenden des städtischen Werkhofs, aber auch die geschaffenen Stellen bei max.mumm tragen wesentlich dazu bei und sind gleichzeitig auch sympathische Anti-Littering-Botschafterinnen und Botschafter. Wir befassten uns daneben auch mit anderen Aktionen wie Plakataktionen, wir prüften Abfall-Apps und schauten uns verschiedene Aktionen an, die wir



eventuell umsetzen möchten. Die Frage bei solchen Aktionen stellt sich aber immer auch nach deren Wirkung, zeigten doch nicht immer alle effektiv einen Erfolg.

Das Thema Littering gehört zum Aufgaben-Portfolio der Umweltschutz- und Energiekommission und wird in regelmässigen Abständen auf aktuelle Gegebenheiten hin überprüft. Wir schauen uns dauernd um, um Neues zum Thema zu erfahren und um herauszufinden, ob irgendwo ein Brennpunkt besteht, den wir angehen müssen. Aus diesem Grund kam der Gemeinderat auch zum Schluss, Ihnen zu beantragen, das Postulat für erheblich zu erklären und gleichzeitig vom Protokoll des Stadtrates abzuschreiben. Herzlichen Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke für die Berichterstattung, auch gleich zum Fall der Erheblicherklärung. Die Berichterstattung durch die GPK ist mir angekündigt und ich übergebe das Wort an den Präsidenten Pascal Dietrich.

GPK-Präsident Pascal Dietrich (FDP): Das ist an sich eine kleine Sache, aber der GPK war es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, weil nämlich in den Akten geschrieben stand, es liege eine schriftliche Berichterstattung vor und gestützt darauf wäre es sodann auch gleich möglich, im Falle einer Erheblicherklärung den Vorstoss wieder abzuschreiben. Die GPK hat nichts dagegen, dass man eine Abschreibung auch auf eine mündliche Berichterstattung abstützt, was wir als durchaus machbar ansehen. Allerdings lag uns effektiv keine schriftliche Begründung vor und wir erhielten auch nichts nach Hause geschickt. Deshalb bestätigten wir die formelle Richtigkeit auch nur unter dem Vorbehalt, dass dies noch korrigiert wird, was seither auch gemacht wurde. Ich gehe davon aus, dass nun alle diese Mail erhielten, dies so nun in den Akten korrigiert und die Aktenauflage dementsprechend ergänzt wurde. Es wäre nun in dem Fall so, dass wir nun allenfalls eine Abschreibung nicht gestützt auf eine schriftliche, sondern gestützt auf eine mündliche Berichterstattung vornehmen, die wir soeben vernahmen. Danke bestens.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke der GPK. Somit hat nun die Postulantin das Wort.

Saima Sägesser (SP): Wie es Pierre bereits sagte, ist Littering ein Dauerthema. Aber ich würde sagen, dass es sich im Stadtzentrum etwa seit zwei Jahren massiv verschlechterte und deshalb baten Renate, Andri und ich darum, dies einmal zu prüfen. Dabei wurde unter anderem geprüft, ob genügend Abfallkübel zur Verfügung stehen. Die Frage wurde bejaht. Das mag ja schon zutreffen, dass die Anzahl an Kübeln genügend gross ist, aber wenn diese einen Schlitz von 5 bis 10 cm aufweisen und man darin einen Pizzakarton entsorgt, ist dieser Behälter sogleich verstopft. Und da kommt dann das Fehlverhalten hinzu: Wie geht man damit um, wenn Abfall nicht korrekt entsorgt wurde und dabei andere, die ihren Abfall gerne entsorgen möchten, dies nicht mehr richtig machen können? Auch dies wollten wir mit diesem Postulat prüfen lassen, was dagegen zu machen ist, wenn man sich bei der Abfallentsorgung fehlerhaft verhält? Leider verwies die Antwort auf Ressourcenmangel, wie man in den Akten nachlesen konnte. Es sei nicht möglich gewesen, effektive Möglichkeiten zur Behebung zu prüfen. Ich finde diese Antwort ehrlich gesagt sehr schade, aber als weitere Möglichkeit wurde darauf verwiesen, Flyer für eine Aufklärung, wie Abfall richtig zu entsorgen ist, zu verteilen. Wir können uns ja alle gut ausmalen, was mit solchen Flyern passiert, wenn es um das Thema Littering geht.

Wir bedanken uns, dass das Postulat für erheblich erklärt wird, stören uns aber gleichzeitig daran, dass es auch sogleich abgeschrieben wird. Eine Prüfung zum Fehlverhalten, wie man diesem entgegenwirken könnte, wurde aus unserer Sicht nicht durchgeführt. Das Thema Vandalismus, das Pierre erwähnte, werden wir in einem vergleichbaren Postulat mit einem ähnlichen Perimeter, das ebenso von Renate und mir in Zusammenarbeit mit Corinna eingereicht wurde, im nächsten Jahr behandeln. Dort wird das Ganze sicherlich wieder zum Thema. Gerne möchte ich noch auf das Beispiel der IG "saubere Umwelt" verweisen, was man als Massnahme machen könnte oder sich als Prüfung dafür eignen würde und für die Stadt kostenlos wäre. Dabei wird auf der Strasse das Gespräch gesucht mit Konsumentinnen und Konsumenten, die zu Litterern werden könnten. Warum geht man nicht eine solche Zusammenarbeit an, vielleicht würde das etwas bringen?



Besten Dank, wenn Sie unser Postulat ebenso für erheblich erklären und uns dabei unterstützen. Aber behalten wir auch im Hinterkopf, dass wir dies alles nicht im Sand verlaufen lassen dürfen, sondern dass Möglichkeiten zu prüfen sind, wie dagegen vorgegangen werden kann. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank. Das Wort ist in dem Fall nun bei den Fraktionen. Welche Fraktion möchte sich dazu äussern?

Corinna Grossenbacher (SVP): Eigentlich wollte ich gar nichts sagen, aber Pierre, Du hast mich auf etwas aufmerksam gemacht. Ich finde es toll, dass wir eine saubere Stadt haben. Ich finde dies wirklich super und danke dem Werkhof, maxi.mumm und allen, die sich auch sonst noch daran beteiligen. Aber mir geht es gleich wie Saima, denn ich vermisse Massnahmen, was jeder einzelne Bürger wirklich dagegen tun kann, reden wir hier doch gleichzeitig laufend von Klimaschutz und so weiter. Entsprechend frage ich mich, welche Massnahmen wirklich getroffen werden können. Du sprachst von einer Plakataktion, aber vielleicht kann man ein solches Fehlverhalten auch anders ahnden. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Ich frage erneut, ob sich eine Fraktion dazu äussern möchte? Möchten sich Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher äussern?

Lars Schlapbach (SVP): Littering ist eigentlich genau dasselbe Problem wie Sachbeschädigung oder Vandalismus. Es ist ein Problem, das man relativ schlecht bekämpfen kann. Das heisst, man muss es fassbar machen, man muss es beweisen können, damit man einzelne Leute festnageln, respektive die Täter oder Verursacher dann auch belangen kann. Wir hatten das Problem bereits. Dabei kam auch schon die Idee von Kameras auf, und jetzt gerade am 4. Dezember wurde der Präsident von Lostorf in der Zeitung zitiert, der ganz klar sagte, dass Littering, Vandalismus und Sachbeschädigung aufgrund der Installation von Kameras an neuralgischen Stellen abnimmt. Solche Kameras haben offenbar präventive Wirkung und bringen etwas. Es wurde bei uns immer abgeschmettert, war doch jeweils das Stichwort "Überwachungsstaat" die Begründung. Ich denke, dass dies für uns nach wie vor ein Thema sein müsste, da gerade bei den Schulhäusern regelmässig Dinge kaputt gehen, sodass man dort an den neuralgischen Stellen mit Kameras arbeiten sollte. Das erfordert dann halt den Sprung über den eigenen Schatten. Dabei geht es nicht darum, all diese Leute ausspionieren zu wollen, sondern es geht um die präventive Wirkung von Kameras. Vielleicht ist es etwas, was Sie wieder einmal im Hinterkopf behalten sollten. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecher, die sich äussern möchten?

Paul Bayard (SP): Littering ist natürlich ein Teil unserer Industriegesellschaft. Wir produzieren ja auch diesen ganzen Mist und irgend an einem Ort kommt es dann halt zum Vorschein. Früher als ich beispielsweise klein war, gab es dieses Problem logischerweise noch viel weniger. Es gab einfach gar nicht all diese Verpackungen, die es heute überall gibt. Littering ist ein Problem, aber wahrscheinlich ist Littering, will man es an der Wurzel packen, auch ein Industrieproblem. Wir müssen versuchen weniger Verpackungsmaterial zu produzieren und danach würde sich das Problem entschärfen. Wir machen diese Verpackungen und irgendwo kommen diese dann halt zum Vorschein und liegen dann eben irgendwo rum. Das ist in meinen Augen eines der Grundübel.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Merci. Weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Möchte die Postulantin nochmals etwas sagen? Die Vertretung des Gemeinderates frage ich ebenso an?

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Besten Dank für die spannende Diskussion und auch für die vielen guten Inputs. Was ich vorneweg nehmen kann ist, dass das Thema sicherlich nicht im Sand verläuft. Es gehört wirklich zu unserer Tagesordnung, dass wir uns mit dem Thema Littering beschäftigen. Es ist einfach immer ein wenig die Frage, wie man es angeht. Einige Stichworte und Punkte schrieb ich mir auf, beispielsweise Abfallkübel mit Schlitzten. Platzieren wir offene Abfallkübel, so sind diese am nächsten Tag vollgestopft mit Haushaltsabfällen. Deshalb kam man auf die Idee mit den Schlitzten. Ich kenne allerdings das Problem mit den Kartons und ich weiss, das ist schlecht. Da kann man dann aber mit dem Fehlverhalten der Menschen



leider nicht so viel machen.

Es gibt mittlerweile ganz tolle Aktionen auch mit der Interessensgemeinschaft "saubere Umwelt", die auch Städte unterstützt und dabei auch spannende Flyer verteilt werden, die man nicht sogleich fortschmeisst. Bei den Kameras geraten wir bereits in das Thema des Vandalismus, das nicht unbedingt dem Thema dieses Vorstosses entspricht. Aber es wäre wohl auch beim Littering so, dass man den Abfall dann eben zwei Meter weiter vorne wegschmeisst, weshalb dies in meinen Augen lediglich zu einer Verlagerung führen würde. Zum letzten Punkt von Paul ist zu sagen, dass früher das mit den Verpackungen vielleicht besser war, aber zum Thema Abfall beging man dafür ganz andere Sünden. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gut, wir kommen nach erfolgter Debatte zur Abstimmung betreffend B&A des Gemeinderates Traktandum Nr. 10, Seite 1. Der Gemeinderat stellt den Antrag auf Erheblicherklärung. Wer das Postulat ebenfalls für erheblich erklären möchte, womit es aufgrund der erfolgten Berichterstattung zugleich auch abgeschrieben wird, und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun mit Handzeichen bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltungen):**

Das Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (gfp), Lehmann Andri (parteilos) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019: Bekämpfung von Littering in der Ausgehzone Jurastrasse/Marktgasse/Wuhrplatz **wird erheblich erklärt.**

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 35 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (gfp), Lehmann Andri (parteilos) und Mitunterzeichnende vom 28. Oktober 2019:** Bekämpfung von Littering in der Ausgehzone Jurastrasse/Marktgasse/Wuhrplatz.

Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Postulat der SP/GL-Fraktion vom 28. Oktober 2019: Aktive Beteiligung der Stadt Langenthal betreffend Bootsflüchtlinge; Stellungnahme, Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Auch beim folgenden Traktandum Nr. 11 liegt ein zwingendes Geschäft vor.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Auch bei diesem Geschäft wurde bereits, hier nun allerdings schriftlich, ein Bericht zur Behandlung des Traktandums beigelegt. Der Gemeinderat schreibt im Beschlussesentwurf auf Seite zwei, Traktandum Nr. 11 B&A: "... nach Kenntnisnahme der mündlichen Stellungnahme". Allerdings liegt nun aber wie bereits erwähnt eine Stellungnahme des Sozialamtes in schriftlicher Form vor. Ich frage nun dennoch an, ob es gewünscht ist, diesen zu ergänzen? Gut, das wird nicht gewünscht. Eine Berichterstattung der GPK ist mir keine gemeldet. Damit hätten die Postulanten das Wort. Wer von ihnen möchte sich dazu äussern?

SP/GL-Fraktion Saima Sägesser (SP): 1'100 bis 1'300. So hoch ist je nach Quelle die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer, die sich im Jahr 2019 auf den Weg zum europäischen Kontinent aufmachten, um ein sicheres Leben zu finden und zu führen. Für diese Menschen kam jede Rettung durch ein Rettungsschiff zu spät. Und die Rettungsschiffe, die rechtzeitig vor Ort sind, dürfen, wie wir mehrmals im Verlaufe dieses Jahres erfahren mussten, häufig gar nicht anlegen und müssen tagelang mit Hunderten von Menschen auf dem Meer ausharren.

Mit unserem Postulat möchten wir, dass diesen Zahlen von Toten und Wartenden ein Ende gesetzt wird. Wir fordern, dass sich die Stadt Langenthal aktiv dafür einsetzt, hier Menschen aufzunehmen, die auf dem Mittelmeer ausharren und nicht an Land gelassen werden, weil sich andere Staaten und Städte querstellen. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat für erheblich zu erklären, was uns sehr freut. Langenthal ist und wäre nicht die erste Stadt in der Schweiz, die dem folgen würde. Die Stadt und der Kanton Zürich, Schaffhausen und Baselland behandelten Vorstösse mit praktisch identischem Inhalt und nahmen diese zum Teil auch an. Teilweise erfolgte dies in Zusammenarbeit mit der EVP. Der Ausgang ist bei allen ähnlich. Leider sind uns die Hände als Stadt gebunden, was der Bericht des Sozialamtes entsprechend belegt. An dieser Stelle möchten wir auch dem Sozialamt für diesen ausgesprochen guten Bericht ein Kompliment aussprechen. Diese ausgesprochen gute Arbeit lieferte uns die Antworten auf die Fragen, die wir geklärt haben wollten.

Wir sehen ein, dass wir als Stadt aufgrund des gesamtschweizerischen und kantonalen Systems nur wenige Möglichkeiten besitzen, jedoch schlägt der Bericht eine Möglichkeit vor, die so auch durch andere Städte ausgeführt wurde. Der Langenthaler Gemeinderat könnte in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt dem Bundesrat ein Schreiben zustellen, das ein Bekenntnis für die Zurverfügungstellung von Plätzen und Sicherheit für Bootsflüchtlinge beinhaltet, sollten wir bei Bedarf darum gebeten werden. Unserer Meinung nach ist es natürlich schon lange nötig. Und es ist tatsächlich auch so, dass wir in Langenthal Menschen haben, die auf dem Wasserweg geflüchtet sind. Dass sie nicht die letzten sein werden, wissen wir alle. Deshalb möchten wir dem Sozialamt und dem Gemeinderat wirklich ans Herz legen und ihn darum bitten, ein Schreiben aufzusetzen, Position zu beziehen und Verantwortung für die Stadt Langenthal und diese Menschen zu übernehmen. Unseren Kolleginnen und Kollegen möchten wir ans Herz legen, das Postulat ebenso für erheblich zu erklären, schliesslich ist die Arbeit mit dem Bericht bereits erledigt und es würde einem seltsamen Ablauf dieses Prozesses entsprechen, wenn das Postulat nun nicht für erheblich erklärt werden würde. Besten Dank für Ihre Unterstützung und ich freue mich auf später, wenn wir gemeinsam darauf anstossen können.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ganz so schnell sind wir dann doch auch nicht, aber Sie haben es selber ein wenig in den Händen. Wünscht eine Fraktion das Wort?



SVP-Fraktion Michael Schenk (SVP): Ich mache es kurz: Im ersten Teil bin ich etwas kürzer, im zweiten dann vielleicht etwas länger. Die SVP hat grundsätzlich nichts gegen dieses Anliegen und findet es gut, muss man diesen Leuten doch effektiv auch helfen. Aber es ist hier in Langenthal nicht unsere Aufgabe, diesen Leuten zu helfen. Und wie Sie im Bericht bereits sahen, können wir dies auch gar nicht. Wir sind dafür, dieses Postulat für nicht erheblich zu erklären. Was uns zudem grundsätzlich ein wenig seltsam anmutet, ist, dass man das Postulat bereits beantwortet und dann sogleich einfach abschreibt. Wenn hier nach meinem Verständnis ein Postulat vorliegt, das für nicht erheblich erklärt wird, müsste das Anliegen auch gar nicht geprüft und gar kein Bericht erstellt werden. Somit könnten auch Ressourcen gespart werden. Wenn das Postulat hier durchkommt und wir es für erheblich erklären, so sollte der Gemeinderat erst dann einen Bericht verfassen. Jetzt können wir diesen Vorstoss im Prinzip annehmen und dann ist es eh erledigt. Wir können ihn ablehnen und dann ist es ebenso erledigt. Das entspricht dem Clinch, in dem wir uns befinden. Wir könnten uns jetzt auch auf den Standpunkt stellen, dass wir gar keine Diskussion benötigen und den Vorstoss einfach für erheblich erklären und dann ist es passiert und er wird abgeschrieben. Aber irgendwie stört uns das ein wenig und ich habe das Gefühl, dass man sich in diesen Ämtern in dieser Zeit anderen Dingen widmen könnte.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen?

EVP/glp-Fraktion Michael Sigrist (EVP): Das Postulat ist grundsätzlich sicherlich ein sympathisches Anliegen, das aber aus unserer Sicht in erster Linie nur symbolischen Charakter aufweist. Wir finden, dass Anliegen durchaus Symbolcharakter aufweisen dürfen, aber gleichzeitig sollte irgendwo auch noch die richtige Flughöhe oder die korrekte Ebene beachtet werden. Wie der Prüfbericht zeigt, für den wir uns ebenso herzlich bedanken, ist das Postulat auf einer völlig falschen Ebene angesiedelt. Uns ist es wichtiger, dass wir die uns zugewiesenen Flüchtlinge, egal auf welchem Weg sie zu uns gefunden haben, möglichst schnell und gut integrieren und dabei jetzt nicht irgendeine Art und Weise bevorzugen, auf welchem Weg sie zu uns kamen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es ein weiteres Fraktionsvotum? Möchten sich Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher dazu äussern?

Urs Zurlinden (FDP): Ich wollte ursprünglich nichts zu diesem Thema sagen, weil es eigentlich zu ernsthaft ist, dass man hier ein Postulat überweisen sollte, währenddessen der Bericht bereits vorliegt. Aber bitte seien Sie so gut und machen Sie das nicht. Es gibt nicht nur Bootsflüchtlinge, es gibt auch Landflüchtlinge. Ich unterrichte jeden Mittwochnachmittag in Aarwangen Deutschunterricht für solche Landflüchtlinge. Die meisten, die daran teilnehmen, sind Landflüchtlinge. Machen wir doch keine Unterscheidung zwischen Boots- und Landflüchtlingen. Das ist populistische Politik auf dem Hintergrund einer sehr ernsten Thematik, welche ich nicht bereit bin anzunehmen. Ich werde das Postulat ablehnen.

Beatrice Lüthi (FDP): Ich möchte mich in dem Sinn nicht materiell äussern, aber was ich vielleicht sagen kann, ist, dass es ein sogenanntes Dublin-Abkommen gibt, wonach Flüchtlinge in demjenigen Staat Asyl beantragen sollen und auch nur können, wo sie europäischen Boden betreten. Das ist bei Bootsflüchtlingen sicherlich nicht die Schweiz. Das ist das erste und wir würden mit einem solchen Postulat, das wir dann auch durchführen würden, das Dublin-Abkommen somit nicht gross respektieren. Ich kann mir vorstellen, dass man dann in Bundesbern keine Freude hätte. Ich hatte als Mitarbeiterin der Bundesverwaltung auch schon solche Briefe zu beantworten und Frau Bundesrätin unterschrieb es dann einfach. Aber das ist in meinen Worten gesprochen: formlos, fristlos, sinnlos. Von dem her bringt dies einfach nichts. Ich würde jetzt auch lieber einer Symbolpolitik eine Absage erteilen. Von mir aus gesehen kann man diesen Vorstoss annehmen und danach festhalten, dass er erledigt ist. Aber danach sollten nicht noch weitere Aktivitäten generiert werden, weil es wirklich nichts bringt. Wir haben bereits genügend Flüchtlinge und wir haben, wie Urs Zurlinden es ausführte, auch noch andere Flüchtlinge und von dem her ist es sicherlich gut gemeint, aber unser System funktioniert einfach anders.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Da es keine weiteren Einzelsprecher gibt, frage ich die Postulantin an, ob sie sich nochmals zu Wort melden möchte? Nein. Seitens des Gemeinderates?



Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ganz kurz möchte ich doch noch etwas sagen. Es ist schlimm, was vor allem auf dem Mittelmeer passiert. Aber wie Sie lesen konnten, können wir als Stadt Langenthal ausser einem Brief kaum etwas unternehmen. Und einen solchen Brief sehe ich persönlich auch nicht als sehr wirkungsvolle Massnahme an, wenn die Stadt Langenthal mit 16'000 Einwohnern dem Bundesrat einen Brief schreibt. Ich weiss nicht, inwieweit dies ernst genommen wird. Vielleicht noch an die SP gerichtet möchte ich sagen, dass Ihr drei Mitglieder im Oberaargau habt, die uns im Grosse Rat vertreten. Diese drei Mitglieder könnten eine Standesinitiative einreichen, damit dies auf Bundesebene, dort wo es nämlich hingehört, behandelt wird. Reden Sie mit diesen drei Personen und daneben gibt es ja auch 34 weitere Mitglieder im Kanton Bern, die Sie vertreten und Ihnen hoffentlich helfen. Zum Vorwurf, wieso wir dies bereits vorab prüften, ist zu sagen, dass ich unser Asylverfahren nicht so genau kannte. Wenn Sie das so gut kennen und über solche Dinge entscheiden können, ohne es genauer zu kennen oder wenn Sie alle miteinander besser darüber unterrichtet sind, dann ist das so. Aber der Gemeinderat, wie auch ich, benötigte diese Grundlagen und wir fanden gleichzeitig, dass sich dadurch auch die Fragen beantworten liessen und man diese sodann auch offenlegen kann. Aber Sie müssen einfach sehen, wenn Sie Vorstösse eingeben, dann beschäftigen wir uns seriös damit und dann wird ein kleiner Vorprüfungsbericht erstellt. Und manchmal ist eben ein Postulat so kurz im Umfang, dass man diesen Bericht dann auch gleich verwenden kann. Wir fanden, dass sich die Verwaltung nicht noch länger damit beschäftigen sollte, sodass wir den Bericht direkt in den Stadtrat brachten und damit sogleich auch die Abschreibung beantragen. Somit empfehle ich zum Schluss allen Fraktionen, mit den eigenen Gemeinderäten beispielsweise betreffend Flugebene Rücksprache zu nehmen, damit dann eben die Verwaltung nicht unnötig beschäftigt wird. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung von Traktandum Nr. 11, Seite 2 von B&A. Der Stadtrat beschliesst gemäss Antrag des Gemeinderates nach Kenntnisnahme dieser nun auch gleich noch mündlichen Stellungnahme und im Übrigen anhand des schriftlichen Berichts, das Postulat bei gleichzeitiger Abschreibung für erheblich zu erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen. Wer diesem Antrag so folgen möchte, soll dies mit Handzeichen bezeugen. Wer die Erheblicherklärung ablehnt, soll dies mit seiner Hand anzeigen. Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 11 Stimmen Ja gegen 26 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Das Postulat der SP/GL-Fraktion vom 28. Oktober 2019:** Aktive Beteiligung der Stadt Langenthal betreffend Bootsflüchtlinge **wird nicht erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12. Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019: Klimanotstand in Langenthal; Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt nun Traktandum Nr. 12, Jugendpostulat betreffend Klimanotstand. Da es sich um ein zwingendes Geschäft handelt, stellt sich die Frage nach dem Eintreten nicht.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Der Verlauf der Beratung erfolgt so wie bei einem "normalen" Postulat. Und bei einem "normalen" Postulat hat zuerst der Gemeinderat das Wort für die Berichterstattung. Dies ist in dem Fall Pierre Masson.

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Mit diesem Jugendpostulat wird der Gemeinderat aufgefordert, in Langenthal den Klimanotstand auszurufen. Er soll aufzeigen, ob und mit welchen Massnahmen in Langenthal dieser Notstand ausgerufen werden kann. Der Gemeinderat freut sich über die engagierten Jugendlichen und bedankt sich für dieses Postulat. Formell gesehen ist dies eben ein Postulat. Und bei einer allfälligen Erheblicherklärung wird ein Prüfauftrag ausgelöst. Dabei werden dann sicherlich die Punkte, die das Postulat aufführt, Bestandteil dieser Prüfung sein.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass unser tägliches Verhalten und die daraus resultierenden Folgen für das Klima wichtige Themen sind und künftig noch an Bedeutung gewinnen werden. Wird dieses Postulat heute überwiesen, ist dies ein symbolischer Akt, um den Druck auf die heutige Gesetzgebung weiterhin hoch zu halten. Wir in Langenthal und in der näheren Umgebung mussten ebenso bereits erfahren, was es heisst, wenn es eine längere, trockene und heissere Periode gibt und was dies für Auswirkungen auf unser Trinkwasser zeitigt und wie die Vegetation auf solche Ereignisse reagiert. Es ist nicht nur ein Umweltproblem, hat es doch auch wirtschaftliche wie auch gesellschaftliche Folgen. Gleichzeitig darf aber darauf hingewiesen werden, dass das Thema nicht ganz neu ist und sich der Gemeinderat bereits heute für eine nachhaltige Zukunft oder einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen einsetzt.

Dazu gehören selbstverständlich die drei bekannten Dimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Entsprechend möchte ich hier einige Punkte aufführen: Jede Fahrzeugbeschaffung wird bei uns auf alternative Antriebsarten überprüft und wo immer möglich wird auf fossile Antriebsarten verzichtet. Wir sind daran einen Energierichtplan zu erstellen, mit dem aufgezeigt werden soll, wie künftig geheizt und gekühlt werden kann, und dies natürlich mit möglichst vielen erneuerbaren Energieformen. Für alle städtischen Liegenschaften beziehen wir bereits heute "Blaustrom". Dieser besteht aus 100% erneuerbaren Quellen, der grösste Teil davon aus Schweizer Wasserkraft. Getrennte Abfallsysteme beschreibt ein weiterer Punkt, mit dem wir einen möglichst schonungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen anstreben. Es ist uns bereits heute ein Anliegen, sämtliche Gemeindeangelegenheiten auf ihr Reduktionspotential hin zu prüfen. Dies eben insbesondere aus den drei bekannten Gründen: aus ökologischen Gründen und aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen. Trotzdem beantragt der Gemeinderat das Postulat anzunehmen und für erheblich zu erklären. Damit können wir uns in eine Liste gleichgesinnter Städte eintragen, zum Beispiel auch Olten, und folgen somit auch den Bestrebungen und Zielen auf nationaler und sogar europäischer Ebene. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank dem Gemeinderat. Ich nehme zur Kenntnis, dass man mit dem Beispiel Olten wirbt. Ob dies zweckdienlich ist, wird die folgende Debatte zeigen. Die Berichterstattung durch den Gemeinderat ist somit erfolgt und eine Berichterstattung durch die GPK ist mir angemeldet. Stadtrat Marti steht bereits parat und hat nun das Wort.

GPK-Sprecher Bernhard Marti (SP): Zum letzten Mal sage auch ich noch etwas und zwar, dass sich die GPK mit diesem Geschäft auseinandersetzt. Wir liessen uns versichern, dass die Unterschriften für die Einreichung dieses Jugendpostulats überprüft wurden. Einfach noch zur Klärung gilt es anzuführen, dass es sich bei diesem Klimanotstand, wie er im Postulat formuliert ist, nicht um einen Notstand im Sinne der Stadtverfassung gemäss Art. 73 handelt, sondern es geht einfach auch um ein Anliegen mit Symbolcharakter. Besten Dank.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank. Das Wort ist bei den Fraktionen. Wer möchte sich äussern?

FDP/jll-Fraktion Thomas Multerer (FDP): Unsere Fraktion diskutierte dieses Jugendpostulat und steht selbstverständlich inhaltlich auf Seiten der Postulanten. Es ist unbestritten, dass das Anliegen ein grundsätzlich richtiges Anliegen ist. Trotzdem bedeutet das nicht, dass unsere Fraktion dafür stimmen wird, sondern es zeigt sich, dass eine Mehrheit dagegen sein wird. Uns stört vor allem der Begriff "Notstand", weil "Notstand" ein Terminus technicus ist, der gewisse klare Massnahmen erfordert, die in diesem Rahmen jetzt so nicht angezeigt sind. Besten Dank.

SP/GL-Fraktion Serge Wüthrich (GL): Die Fraktion SP/Grüne Langenthal begrüsst das Jugendpostulat. Gerade endete wieder ein Klimagipfel ohne wirkliche Resultate. Nicht weil das Problem in Frage gestellt wird, nein, dass der Klimawandel einer Tatsache entspricht, ist in der Zwischenzeit wohl allen klar. Ebenso, dass gehandelt werden muss. Leider können sich die Staaten aber nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Jetzt einfach warten und nichts machen, wäre der falsche Weg. Mit diesem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen, ob der Klimanotstand ausgerufen werden soll. Die Stadt Langenthal würde damit die Klimakrise anerkennen und sich verpflichten, entsprechend zu handeln. Es gibt jetzt vielleicht wieder Leute, die sagen, dass halt dieses Klimathema einfach gerade im Trend ist, es nichts zu überstürzen gilt und man nicht in Aktionismus verfallen soll. Und ja, es mag sein, dass diese Klimabewegung ein Trend ist, der vorbeigeht und dass ein Teil der Bewegung vielleicht resigniert, ein anderer Teil sich mit dem Erreichten zufriedengibt und sich dadurch die Bewegung verkleinert. Auch der Höhenflug der Grünen wird vielleicht nicht ewig dauern. Aber am eigentlichen Problem, dem Klimawandel, wird dies alles nichts ändern. Auch wenn dann der Trend einmal vorbei ist.

Die Klimakrise ist keine Erfindung von Greta, von der Klimabewegung oder von den Grünen, sondern wird seit 30 Jahren thematisiert und diskutiert. Dass gehandelt werden muss, anerkannte man bereits im Jahr 1992 bei der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio und man hielt dies damals auch in einer Klimakonvention fest. Es handelt sich somit also nicht um einen neuen Trend, worüber wir heute reden. Und ja, die Schweiz trägt vielleicht aufgrund ihrer Grösse nur einen kleinen Teil zum weltweiten CO₂-Ausstoss bei. Aber wenn eines der reichsten Länder; ein Land, das über Wohlstand, Know-how und Technologie verfügt, nicht bereit ist, in Sachen Klimaschutz wirklich vorwärts zu machen, von wem wollen wir dann noch erwarten, dass sie vorwärts machen? Wer soll denn dann vorausgehen? Und ja, dieser Klimaschutz wird etwas kosten, aber das wird er auch dann und zwar noch mehr, wenn wir einfach zuwarten. Wir werden je länger, desto mehr auch für die Folgen des Klimawandels zahlen müssen. Da nützt es nichts, wenn wir irgendwo im Internet irgendein Youtube-Video suchen, in dem irgendein Verschwörungstheoretiker erklärt, dass dies alles fake ist. Es bringt nichts, wenn wir darüber streiten, ob jetzt 96% oder 99% der Klimaforscherinnen und Klimaforscher vom anthropogenen¹ Klimawandel überzeugt sind. Es wird nicht einfacher und nicht billiger, wenn wir uns irgendetwas vormachen und einfach zuwarten.

Wenn die Stadt Langenthal nun den Klimanotstand ausruft – und wir müssen auch langsam von einem Notstand reden, zumal die Folgen des Klimawandels immer wie mehr ersichtlich werden, würde sie nicht einmal eine besondere Vorreiterrolle einnehmen, weil dies bereits verschiedene andere Städte auch bereits so machen. Olten beispielsweise nahm eine Motion an, die fordert, dass bis im Jahr 2030 ein Netto Null CO₂-Ausstoss erreicht werden soll. Und mich als Langenthaler schmerzt es immer ein wenig, wenn uns Olten irgendwo voraus ist. Wir werden diesem Postulat zustimmen und ich hoffe die Aussagen der meisten Parteien im Vorfeld der Nationalratswahlen, dass man doch auch ein wenig für den Klimaschutz ist, waren nicht nur leere Worte und das Postulat erhält entsprechend grosse Zustimmung, besten Dank.

(Applaus im Publikum)

¹ anthropogen (vom griechischen anthropos = Mensch und von genese = Erzeugung/Erschaffung) bezeichnet alles vom Menschen beeinflusste, verursachte oder hergestellte.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Ich sage das genau einmal, weil es die Betroffenen vielleicht nicht wissen: In Langenthal ist es üblich und entspricht es der Praxis, dass wir uns an der Teilnahme von Zuschauern freuen. Das Klatschen ist hingegen eigentlich nicht vorgesehen, bisweilen macht man aus Kulanz eine Ausnahme, wenn ein Traktandum durchberaten ist. Ich bitte deshalb die diesbezüglichen Gepflogenheiten im Stadtrat zu akzeptieren. Merci.

Wir sind weiterhin bei den Fraktionen; wem darf ich das Wort erteilen?

EVP/glp-Fraktion Renate Niklaus (glp): Ja, es tönt vielleicht wirklich gerade ein wenig dramatisch, wenn man von "Klimanotstand ausrufen" redet. Aber ich glaube genau, dass es diesen Druck braucht. Serge Wüthrich tönte dies bereits an, dass wir diesen Druck aufbauen und auch wahrnehmen müssen. Ich weiss, dass die Stadt bereits sehr viel machte. Entsprechend möchte ich mich auch bedanken, dass die Stadt diese Klimalinie verfolgt und man sich wirklich auch darum kümmert, klimaneutral in die Zukunft zu gehen. Was mich persönlich bezüglich der erhaltenen Unterlagen besonders beeindruckte, ist die Tatsache, dass die Klimajugend auch mitdenkt, redet man doch sonst immer nur davon, dass sie einfach nur auf die Strasse geht und ausruft. Ich glaube, das ist nun einfach die Jugend und wir wollen hier in Langenthal doch eine enkeltaugliche Stadt werden und auch bleiben. Die EVP/glp-Fraktion wird deshalb diesem Postulat zustimmen und bittet auch die anderen Fraktionen um entsprechende Unterstützung.

SVP-Fraktion Janosch Fankhauser (SVP): Im Text des Postulats steht: "Um dieses Ziel zu erreichen, werden alle Gemeindeangelegenheiten auf ihr Reduktionspotential hin überprüft, entsprechende Massnahmen definiert und die nötigen fachlichen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt." Ich möchte kurz in die Runde fragen, wer von Ihnen diesen Fussabdruck-Test des WWF ausführte? Eine Hand. Also ich absolvierte ihn auch. Eine Hand. Wir diskutieren etwas, was jeden angeht. Wir haben hier ein Thema, von dem jede und jeder betroffen ist. Ich priorisiere hier Eigeninitiative und nicht irgendwelche Regulatorien, die von einem Staat kommen müssen, nur damit ich mich einzuschränken habe oder allenfalls irgendetwas diktiert erhalte. Von einem Staat, der allenfalls irgendetwas subventionieren möchte, Geld umverteilt, irgendjemandem dieses Geld wegnimmt, in der Regel einer Wirtschaft, die hauptsächlich die Löhne von allen oder fast allen hier drin bezahlt. Dieser Konsumwahnsinn, diese Schnellebigkeit, die aktuell hier, in der Schweiz und auf der Welt herrscht, finde ich verrückt. Das gibt mir schon etwas zu denken, wohin wir uns dadurch bewegen. Ich fand hier auf der Internetseite feel4nature.com den Hinweis, dass es eigentlich ganz einfach wäre, wenn sich jeder an der eigenen Nase nehmen würde und sich nicht abstützen würde auf irgendwelche Befehle durch den Staat. Heizen Sie weniger. Lüften Sie richtig. Überdenken Sie Ihren Fleischkonsum. Auf dieser Seite steht sogar, dass man auf Fisch verzichten sollte, da sich die Meere in einem desolaten Zustand befinden. Kaufen Sie regionale Produkte, werfen Sie kein Essen weg, stellen Sie die Geräte bei Nichtgebrauch ganz ab. Der Staat kann dies auch vorschreiben, dass Sie die Geräte abzuschalten haben, was aber ein wenig lachhaft ist. Trocknen Sie Ihre Kleider doch auch wieder draussen an der Luft, wenn Sie Zeit dafür finden. Dies einfach nur ein paar Hinweise, die dort auf dieser Internetseite nachzulesen sind. Es sind ganz einfache Sachen, die ganz einfach leicht zu handhaben sind.

Jetzt muss ich schauen, dass ich nicht zu lange werde, sonst rede ich hier noch ewig. Im Papier des Klimastreiks Oberaargau, das sie alle zugestellt erhielten, ist ein Massnahmenkatalog aufgeführt. Ich hoffe dieser Massnahmenkatalog hat nicht sinnbildlich Gültigkeit, um diesen Klimanotstand auszurufen, respektive zu verwirklichen. Ist die Forderung nach verkehrsfreier Innenstadt, was wir soeben diskutierten, die richtige? Wir wollen doch aber eine Begegnungszone und dabei werden Fahrzeuge als Verkehrsteilnehmer akzeptiert. Die Parkplatzgebühren sollen erhöht werden, nachdem wir die Fahrzeuge ja gar nicht mehr in der Innenstadt haben wollen. Die Frage ist dann schon, was wir effektiv wollen? Wollen wir gar keine Autos in der Stadt? Was passiert mit dem Kleingewerbe und den grossen Geschäften? Sollen die gar nicht bedient werden können? Nach Langenthal kommt niemand, weil wir die schönste Innenstadt besitzen. Eine weitere Forderung ist, für jedes neue Kind einen Baum zu pflanzen. Ich finde das eigentlich super. Ich als Schreiner benötige jeden Tag massiv viel Holz, ich kann das nur begrüßen. Vielleicht möchte ich nicht diese Bäume, aber dafür diejenigen, die dafür weichen müssen. Warum nenne ich das "weichen"? Einen solchen Baum zu



pflanzen wäre in einem Wald und einer entsprechend guten Umgebung angebracht. In diesem Zusammenhang wurde der Wuhrplatz genannt. Dieser wurde für teures Geld architektonisch geplant. Dabei wurden Bäume umgepflanzt, weil sie nicht am richtigen Ort standen. Jetzt sollen dort noch mehr Bäume gepflanzt werden. Ich finde dies ein wenig fragwürdig. Dann sollen die Gebäudehüllen der städtischen Liegenschaften saniert werden. Ich glaube, das passiert ja bereits und soviel ich weiss, wird alles gemäss Minergie-Standard saniert. Ob dies sinnvoll ist oder nicht weiss der Schulleiter besser, weil es im Sommer warm ist und im Winter kalt.

Es gibt von diesem Papier eine lange Liste. Der Verkehrsrichtplan steht ja nächstes Jahr ebenso zur Diskussion und wird sich somit auch mit dem Thema "Verkehr in der Innenstadt" beschäftigen. Wir sind auch der Meinung, dass die Forderung, nur noch elektrisch zu fahren und diese Antriebsart zu subventionieren, nicht das Ziel sein kann. War dies nun das Glöcklein?

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Noch gerade nicht.

(Gelächter im Saal)

SVP-Fraktion Janosch Fankhauser (SVP): Wir sind der Meinung, dass man alle unsere Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, so einsetzen sollte, damit sie optimal genutzt werden können. Ich verweise da auf Norwegen, die das grösste Ölvorkommen besitzen und alles den Südländern für viel Geld verkaufen und behaupten von sich klimaneutral zu sein, weil sie Elektrofahrzeuge benutzen. Irgendwie geht das nicht auf. Ich frage mich, wie sie ihre Autos im Winter aufladen? Das ist mir ein Rätsel, aber vielleicht wissen das andere besser.

Ich habe noch eine andere Frage: Wieviel Wohnraum haben Sie? Wieviel Wohnraum bezahlen Sie und wieviel Wohnraum benötigen Sie effektiv? Aktuell liegt der Durchschnitt in der Schweiz bei 70 m² beheizt pro Kopf. Das finde ich auch etwas verrückt. Ich will nicht nur negative Dinge aufzählen, sondern ich versuche Ihnen die Augen zu öffnen, warum ich nicht gegen den Erhalt des Klimas bin, aber ich wehre mich gegen den Notstand. Erst kürzlich bewilligten wir das Projekt ict4kids. Wir stimmten dabei der Beschaffung von Unsummen an Computern zu. Dabei ist der Kauf das eine, die Ressourcen, die für den deren Produktion verbraucht werden, das andere, der Unterhalt dieser Geräte das dritte und als viertes sind die Ladezyklen dieser PC zu erwähnen. Das stellte nie jemand in Frage, ob das sinnvoll ist oder nicht. Das machten wir einfach so, weil man das muss. Jetzt kommt dann der Staat und verbietet das Laden des iPhones. Nur noch einmal pro Woche ist es zulässig. Somit kann die Schule wieder analog werden und alles wird wieder auf Papier notiert. Ich glaube, ich muss langsam ein Ende finden. Google, Facebook, Instagram, Snapchat, Twitter und alle bewegen wir uns in den sozialen Medien, aber keiner will verzichten, aber es ist eben sexy und deshalb wollen wir es behalten, egal was es kostet. Es zählen nur die, die etwas besitzen.

Die GPK oder der Grossteil der GPK war der Meinung, dass das vorliegende Postulat in keinem Zusammenhang mit Art. 73 der Stadtverfassung steht bzw. es sich hier nicht um einen Notstand gemäss Verfassung handeln kann. Ich glaube aber, dass es sich dabei tatsächlich um höhere Gewalt handelt. Sollte dies effektiv einer Notsituation gemäss der Stadtverfassung entsprechen, so geht dies nicht nur den Gemeinderat etwas an. Was bedeutet das, wenn die Stadtverfassung zum Tragen kommt? Art. 73 sagt, dass wir die gesamte Hoheit des Stadtrats an den Gemeinderat zu übergeben haben, um nötige Massnahmen zu ergreifen um einen Notstand, respektive eine Katastrophe zu bewältigen. Zeitweise wäre das auch so, wenn dann ganze Küstenstreifen überflutet werden, wäre es eine Katastrophe, jetzt nenne ich dies Klimanotstand. Somit entspricht der Klimanotstand eigentlich einer Katastrophe gemäss Art. 73 der Stadtverfassung.

So, ich möchte zum Schluss kommen. Ich empfehle Ihnen sich gut zu überlegen, was Sie hier unterstützen. Ich will nicht pessimistisch sein, ich möchte Ihnen nur die Augen öffnen. Die Welt mit dem Ausruf des Klimanotstandes in Langenthal zu verbessern, kann jeder für sich alleine, aber nur bei sich im Kleinen. Und dort müssen wir beginnen. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie diesem Begehren nicht zustimmen.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gut, ich bitte Sie, sich kurz zu halten, schliesslich möchten wir ja nachher noch alle essen gehen. Die Fraktionen kamen nun alle zu Wort und ich frage, ob es Einzelsprecher gibt, die sich zum Thema äussern möchten?

Saima Sägesser (SP): Was mir jetzt einfach zu kurz kam, ist ein Dankeschön. Hallo, liebe Klimajugend dort hinten im Saal, herzlich willkommen hier im Rat. Danke vielmals, dass Sie am politischen Geschehen in Langenthal teilnehmen und selber ein Geschäft mit einem Anliegen einreichen, das Sie, aber auch uns und auch die älteren Herren und Damen hier im Rat nachhaltig beschäftigen wird. Besten Dank. Es reicht eben nicht, wenn jede und jeder einzeln für sich schaut, was man machen kann. Es reicht einfach nicht. Das sind grössere Geschütze, die man auffahren muss. Deshalb finde ich es absolut nötig, und wir können nicht darum herumkommen, in Langenthal einen Klimanotstand auszurufen. Stellen Sie sich doch einmal vor, was das für eine Wirkung hat, eine solche Forderung niederzuschmettern, wenn dieses Anliegen als Jugendpostulat eingereicht wurde? Was hat das für eine nachhaltige Wirkung auf eine mögliche politische Zukunft von Jugendlichen in Langenthal? Wer kommt dann und füllt Ihre leeren Sitze, wenn sie jetzt keinen Erfolg haben? Wir müssen doch irgendwie ein Begehren auch belohnen können. Mit einem Anliegen, das so dringlich ist und bei einem Inhalt, der so viel Bedeutung hat, kann man nur zustimmen, Kolleginnen und Kollegen. Also ich bitte Sie wirklich, bedanken Sie sich und stimmen Sie diesem Jugendpostulat zu.

Beat Hasler (SP): Ich habe genug Zeit, nehme ich doch heute Abend nicht am Essen teil. Ich schaute zuvor bei Janosch auf die Uhr und er sprach während elf Minuten und jetzt ist 18.40 Uhr und somit ende ich mit meinem Vortrag um 18.51 Uhr. Ist das in Ordnung so? Nein, nur ganz kurz: Ich habe absolut kein Verständnis dafür, wie man dieses Postulat nicht annehmen und wie man dies nicht für erheblich erklären kann. Wir haben einen Klimanotstand, wir befinden uns als Menschen auf dieser Welt in einer katastrophalen Situation. Wir können uns rausreden und können versuchen, die Schuld den anderen zu geben, aber wir alle zusammen sind ebenso verantwortlich. Wenn wir behaupten, dass wir aufgrund der Tatsache, dass wir ein kleines Land sind, einen kleinen Fussabdruck hinterlassen, dann trifft dies natürlich zu. Aber im Vergleich zu anderen Ländern ist dieser Fussabdruck eben dennoch gewaltig. Ich bitte Sie heute einfach dem Begehren dieses Jugendpostulats zu entsprechen und es für erheblich zu erklären. Und ich möchte noch kurz etwas Anderes sagen. Patrick Freudiger erwähnte zuvor, dass ein Applaus hier im Saal nicht unbedingt erwünscht ist. Beim Digitalisierungs-Overkill anlässlich der letzten Stadtratssitzung applaudierten unsere Lehrer wunderbar zur Zustimmung des Geschäfts und es erfolgte keine Einsprache. Also ich finde es sensationell, dass sich die Jungen hier für unser Klima stark machen und ich bitte Sie, das Postulat für erheblich zu erklären. Besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Stadtrat Halser, ich bedaure, dass Du offenbar nicht zuhörtest, was ich zuvor sagte. Ich hielt nämlich klarerweise fest, dass es nach der Schlussabstimmung durchaus schon vorkam, dass man klatschte. Dazu erfolgte keine Opposition. Bei der beschlossenen Fusion mit Obersteckholz hielt man es ebenso. Selbstverständlich akzeptiere ich Kritik, aber dann bitte berechnete Kritik. Gibt es weitere Einzelsprecher?

Serge Wüthrich (GL): Ich möchte nur nochmals kurz etwas dazu sagen, was Janosch betreffend die Eigeninitiative erwähnte. Aus eigener Initiative etwas unternehmen, könnte man natürlich bereits seit 30 Jahren, seit man über dieses Thema redet. Man sieht aber einfach, dass es nicht funktioniert. Und wenn auch ein paar Grüne sicherlich aus Eigeninitiative bereits sehr viel machen und die Wäsche selbstverständlich draussen zum Trocknen aufhängen, was man uns nicht erklären muss, wird es nicht ausreichen. Man kann persönlich, wenn man wirklich konsequent ist, maximal 30% des CO₂ reduzieren, das im gesamten Durchschnitt produziert wird. Wenn öffentliche Gebäude schlecht isoliert sind, so kann ich mich noch so sehr bemühen, aber dann nützt dies alles nichts. Und dann muss eben der Staat eingreifen, dann muss die Stadt eingreifen und dann muss es auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene Regelungen geben. Es geht nicht, einfach zu sagen, dass jeder für sich selber schauen soll, aber ich mache dann natürlich selber nichts, denn ich möchte mich nicht einschränken lassen. So kommen wir nicht vorwärts. Danke.



Corinna Grossenbacher (SVP): Ich finde es auch toll, dass sich unsere Jugend engagiert und ein Postulat einreicht. Saima, da hast Du durchaus recht und dies wurde von uns hier auch zu wenig hervorgehoben. Gleichwohl muss ich sagen, dass ich Klimaschutz gut finde; "Klimanotstand", Entschuldigung, finde ich komplett daneben und läuft für mich unter dem Motto: "Wenn es dem ... zu wohl wird, dann geht er sonst wohin". Ich meine, von der Jugend kommt ein solches Postulat und wir hörten soeben, dass jeder Einzelne etwas tun kann und jetzt reden wir darüber, dass die Stadt oder sogar der Staat etwas unternehmen muss. Ich habe eine 18jährige Tochter, die am liebsten am Handy, vor dem Laptop oder dem iPad sitzt. Das sehe ich übrigens bei allen jugendlichen Leuten heute. Hat sich dabei schon einmal jemand gefragt, woher die Batterien kommen? Hat sich hier schon einmal einer punkto Elektroautos gefragt, wessen Böden hier kaputtgemacht werden? Welche Kinder dort arbeiten müssen um Coltan abzubauen? Entschuldigung, ich finde es echt absurd.

Michael Sigrist (EVP): Ich möchte zuerst einmal etwas zu diesem Begriff "Klimanotstand" sagen. Das ist heute ein fester Begriff und irgendwelche semantischen Diskussionen, ob dies nun die anderen Notfall-Begriffe tangiert oder nicht, bringen uns hier nicht wirklich weiter. Der Begriff Klimanotstand führt ja dazu, dass der Thematik damit auch die notwendige Dringlichkeit hier bei uns zugewiesen werden soll. Daneben habe ich das Gefühl, dass, egal wie man es macht, es immer irgendwie falsch ist. Kommen keine Vorschläge, wird gemotzt, dass die Jugend nur immer ein grosses Maul hat, aber nichts unternimmt. Kommen dann Vorschläge, werden sie nicht ernst genommen. Dazu möchte ich Sie daran erinnern, dass es am 12. Dezember die Möglichkeit gegeben hätte, dies mit der Klimajugend zu besprechen. Soviel ich weiss, war ausser mir niemand anders von uns anwesend. Von dem her finde ich es toll, dass sie Vorschläge machten. Man kann diese im Einzelnen besprechen, man kann darüber befinden, aber jeden Vorschlag jetzt einzeln abzuwerten, erachte ich als nicht angebracht. Entsprechend bin ich und sind wir dafür, dass man dieses Postulat unterstützt und nun nicht irgendwelche Scheindiskussionen führt.

Diego Clavadetscher (FDP): Saima, ja, wir oder ich persönlich als Einzelsprecher danke ganz herzlich der Jugend, dass sie sich für dieses Thema einsetzt. Ich danke Serge Wüthrich für seine zwei feurigen Voten, mit deren Inhalt ich zu 97% einverstanden bin, sofern ich mich genau daran erinnern kann. Ich finde diesen Brief mit diesen Massnahmen, den wir erhielten, gut. Über diese Massnahmen kann man diskutieren. Ja, es wäre gut gewesen, wäre man am 12. Dezember bei diesem Treffen dabei gewesen, aber ich hatte anderswo Verpflichtungen. Damit komme ich zum Punkt. Ich war für 14 Tage auf einer Reise in einem Land, in dem seit 70 Jahren der Notstand herrscht. Ich setzte mich dort mit der Situation einzelner Menschen auseinander, die sich eben nicht mehr an die Grundrechte halten können, obwohl das Land eine Verfassung kennt. Und es ist keine semantische Diskussion, lieber Mike, wenn man über Begriffe diskutiert, die im Staatsrecht eine ganz klar definierte Bedeutung haben. Notstand im Staatsrecht bedeutet, dass die Exekutive die Grundrechte aushebeln kann. Und auch in der Stadt Langenthal gibt es eine entsprechende Bestimmung in Art. 73 der Stadtverfassung, die in diese Richtung geht. Wenn wir unsere Jugendlichen ernst nehmen möchten, können wir jetzt nicht so tun, dass wir dem Postulat zustimmen, um ihnen eine Freude zu machen oder ihnen unsere Referenz zu erweisen. Wenn wir zum Postulat ja sagen, dann geben wir dem Gemeinderat den Auftrag, diesen Notstand, eben im staatsrechtlichen Sinn und nicht in einem semantischen oder populistischen Sinn, zu ergreifen, zumal "Klimanotstand" kein definierter Begriff ist. Und das bedeutet, dass wir unsere Grundrechte, die ein wichtiger Bestandteil unseres Landes darstellen, aufgeben.

Ich hätte Freude gehabt und ich würde mich auch weiterhin freuen, wenn sich diese Gruppe von Jugendlichen weiter engagiert und Jugendpostulate mit konkreten Inhalten gemäss ihrem Katalog einbringt. Damit können wir etwas anfangen, aber einfach um ihnen eine Referenz zu erweisen, und dabei an den Grundlagen unseres staatspolitischen Systems zu rütteln, erweisen wir unserer Jugend keinen Gefallen, denn wir kappen dort, wo unser System darauf aufbaut. Bitte bringen Sie konkrete Vorschläge und bitte lehnen Sie den Klimanotstand ab. Wenn wir dies ernst nehmen, und wir wollen unsere Jugendlichen ernst nehmen, zeitigt dies ganz erhebliche Folgen. Danke.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Roland Loser (SP): Ich weiss gar nicht richtig, wo ich beginnen soll. Ob ich zuerst bei Janosch beginnen soll? Janosch, ich glaube Du machst effektiv vieles richtig in Deinem Leben. Du verhältst Dich klimamässig unter Umständen vielleicht sogar besser als ich, was ich mir sehr gut vorstellen kann. Ich bin auch ein Klimasünder. Ich war beispielsweise letztes Wochenende in Schottland an einem YB-Spiel, was man eigentlich nicht machen sollte und mir auch klar ist. Der Punkt ist aber effektiv, dass wir auch ein Zeichen setzen müssen, dass eben auch der Gemeinderat und wir uns alle immer wieder bei jeder zu treffenden Entscheidung Gedanken dazu machen, wie wir es allenfalls auch besser machen können. Was können wir beispielsweise punkto Solarenergie in Langenthal unternehmen, indem wir die IBL dazu bringen, jetzt endlich einmal vorwärts zu machen? Wie können wir den Gemeinderat oder uns selber dazu bringen, dass wir im Jahr 2030 nur noch 35% unseres Energiebedarfs durch fossile Brennstoffe decken, wie es auch im Energierichtplan festgehalten ist und, wie wir alle wissen, eher nicht ambitiös ist. Wir müssen dort vorwärts machen und ich denke auch, dass dies dann auch Leute sind wie Du Janosch, die davon profitieren können, weil schlussendlich gerade bezüglich energetischer Massnahmen das lokale Gewerbe davon profitieren kann. Und noch an Diego gerichtet möchte ich sagen, dass es für unsere Legislatur typisch ist, jeweils Themen juristisch zu zerpfücken und dazu festzuhalten, dass eine andere Form der Vorlage eher angenommen worden wäre. Leider liegt nun aber etwas juristisch Falsches vor und deshalb ist es zurückzuweisen oder benötigt eine 2. Lesung. Hier geht es wirklich um ein Zeichen. Du redest jetzt mehr vom Notstand, ich hingegen rede auch von einem Postulat. Es handelt sich hier um ein Postulat und wir hörten heute Abend, was dieses Postulat schlussendlich bedeutet. Es hat zur Konsequenz, dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er mit den Forderungen umgeht und was er am Ende damit anfangen will. Darum geht es und dies wollen wir erreichen und entsprechend hoffe ich doch schwer, auch hier an die Seite der FDP gerichtet, dass Sie sich doch einen Ruck geben und Sie dieses Postulat annehmen.

Paul Beyeler (EVP): Sie hörten es bereits, dass wir von der EVP für das Jugendpostulat Sympathien hegen und ich möchte dies auch unterstützen. Es freut mich auch, dass konkrete Vorschläge gemacht wurden, worüber zu diskutieren wäre oder was diskutiert werden muss, respektive woran gearbeitet werden muss. Ich muss aber sogleich ergänzen, dass es für mich auch Gründe geben würde, dieses Postulat abzulehnen. In einem Wahljahr besteht jeweils die Gefahr, dass es zu einer grossen Anzahl an Motionen und Postulaten kommt. Und wenn nur schon die Hälfte dieser Vorschläge, die wir hier als Stadträte und Sie als Jugendliche, als Motion oder Postulat einreichen, erzielen wir damit im nächsten Jahr Vollbeschäftigung, nicht nur hier im Stadtrat, sondern auch in der Stadtverwaltung.

Ich hoffe, das Postulat wird angenommen, weshalb ich bereits ganz kurz auf die weitere Bearbeitung zu reden komme. Wir leben bezüglich dem Thema Energie, Stichwort CO₂-Neutralität, in einer Übergangsphase. Ich bin nicht sicher, ob das, was wir heute als technologischen Standard bezeichnen, auch in zehn Jahren noch so ist. Ich glaube zumindest in gewissen Bereichen nicht. Ich bin nicht sicher, ob in zehn Jahren noch Elektroautos fahren, wie wir sie heute fahren und wie auch ich eines fahre. Und von daher müssen wir uns bei der Prüfung dieser Anliegen schon sehr gut überlegen, welche dieser Technologien so weit entwickelt sind, dass sich eine Investition überhaupt lohnt. Es macht keinen Sinn, wenn wir nun hier in Langenthal 300 öffentliche Ladestationen aufbauen und in zehn Jahren vielleicht alles schon nicht mehr gefragt ist. Oder vielleicht nur noch für kleine Autos als Stadtauto Sinn macht. Wenn wir schauen, was Dänemark beschloss, wollen sie dort doch auf Wasserstoff umstellen, was den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft bedingt. Dementsprechend werden dort in zehn Jahren keine Elektroautos mehr gefahren. Daraus ergibt sich die Konsequenz, sich auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, in denen die Technologie ausgereizt, respektive vorhanden ist und man etwas erreicht. Zum Beispiel bei der Isolation von Gebäuden oder dann konkret ein oder zwei Beispiele, wie man mit Grundwasser Heizzentralen bauen möchte. Das wäre etwas Interessantes, danke schön.

Michael Schenk (SVP): Es kommt mir schon fast so vor, wie wenn wir hier in der Stadt Langenthal gar nichts machen würden. Die Stadt Langenthal besitzt das Label als Energiestadt und sie hinterfragt doch alle Dinge, die hier gemacht werden. Ich weiss dies als Mitglied der Gruppe "Mobilität", dass es einen umfangreichen Massnahmenkatalog gibt und dabei hinterfragt die Stadt Langenthal alle Entscheidungen, ob es eventuell



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

noch andere Möglichkeiten gibt, um Energie zu sparen. Dafür wird auch sehr viel Zeit und Geld investiert. Das ist ein sehr gutes Programm und wir arbeiten daran, uns jedes Jahr zu verbessern. Ich finde es schade, wenn man jetzt einen Bericht erstellt und ich befürchte, dass man dieses Postulat durchwinkt und ich finde es ja auch eine gute Sache, müssen wir doch effektiv etwas unternehmen. Aber schlussendlich wird viel Papier produziert und es stellt sich dann die Frage, was bei solch einem Bericht herauskommt und was sich dabei als umsetzbar erweist. Wir sind dauernd daran, etwas zu machen und wir versuchen es so zu machen, dass es umsetzbar ist. Es gibt viele Ideen, was man machen könnte, aber schlussendlich muss es umsetzbar sein. Und es muss für alle erträglich sein, ansonsten es nicht funktioniert.

Paul Bayard (SP): Es ist wohl relativ selten, dass ich an einer Stadtratssitzung dreimal rede, aber heute Abend mache ich das jetzt einmal. Unter Traktandum Nr. 8 hatten Sie eine kleine Gelegenheit, eine Massnahme zu fördern, die dem Klima geholfen hätte, aber auch das wollten Sie nicht. Es wäre ja auch nur ein symbolischer Beitrag gewesen. Und es gibt andere Dinge, die man machen kann, respektive die man auch als Einzelperson machen kann. Man kann beispielsweise die IB Langenthal (IBL) kritisieren, aber man kann auch bei der IBL die Produkte auswählen, die zur Verfügung gestellt werden und damit seinen Beitrag leisten. Die IBL bietet grünen Strom an, die IBL bietet blauen Strom an und die IBL bietet grauen Strom an. Ich weiss nicht, ob Sie das alle wissen. Der Graustrom ist einfach irgendein Mix, der irgendwoher kommt, nicht zertifiziert ist und auch Kohle- und Atomstrom beinhaltet. Blaustrom ist ein zertifizierter Strom und wird aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, meistens aus Wasserstrom bestehend. Und der grüne Strom ist dann noch umweltfreundlicher und beinhaltet Solarenergie und so weiter. Es geht dabei um einen relativ kleinen Unterschied, den man hier mehr zahlen muss. Ich verglich jüngst meine Stromrechnungen mit denjenigen von vor 12 Jahren. Ich zahlte in diesem Jahr weniger für meinen Stromverbrauch als vor 12 Jahren und ich beziehe effektiv diesen Grünstrom. Es geht demnach um einen relativ kleinen Aufwand, der hier betrieben werden muss. Aber man kann hier durchaus ein klein wenig etwas machen.

Lars Schlapbach (SVP): Danke vielmals für das Engagement der Jungen. Was ich zu sagen habe, geht wirklich nur ganz kurz. Ich glaube, das Problem, das wir haben, ist das Ungleichgewicht der Meinungen. Wenn es um irgendwelche Zinssätze bei der Pensionskasse geht, dann wird gefordert, dass diese auf keinen Fall reduziert werden und nicht weniger rentieren dürfen. Auf der anderen Seite sagt man, dass die Ökologie etwas kosten darf. Die Betriebe müssen ja gar nicht rentieren, sondern müssen sich den neuen Gegebenheiten anpassen und es darf auch etwas kosten. Wir sind seit den 60er Jahren doppelt so viele Leute auf dieser Welt. Das muss man auch wieder sehen. Es gibt immer wie mehr Leute und bis zum Jahr 2050 rechnet man mit 10 Milliarden Menschen auf dieser Welt. Auch wenn die Fahrzeuge ab morgen 50% weniger Ausstoss hätten, wären aufgrund des Zuwachses an Individual-, aber auch an öffentlichem Verkehr die CO₂-Vorgaben gar nicht erfüllbar. Wir müssen schon ehrlich sein, dass der eigene Verzicht schon etwas kostet und das geht ans Geld, das kostet Komfort und es betrifft die Lebensplanung, da man dann nicht einfach mehr in die Ferien fliegen kann, sondern man muss das dann planen. Ich denke, wir machen uns das zu einfach, wenn wir ein Postulat, das den Notstand proklamiert, gutheissen. Wenn wir es genau durchrechnen, müssen wir feststellen, dass es die geforderten Technologien gar noch nicht gibt, damit das CO₂-Problem von heute auf morgen oder in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Diese Technologien gibt es noch gar nicht, weshalb sich diese Länder alle zusammen auch in einem Notstand befinden, weil sie nicht umsetzen können, was gefordert wird. Es ist halt einfach so und man kann es nicht ändern.

Stefanie Barben (FDP): Ich mache es auch nur sehr kurz. Genau deshalb haben wir die Jungen und die sollen an die Hochschulen, an die ETHs um dort herausfinden, dass es eben Technologien gibt, mit denen wir dann mit dem Klima besser dastehen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke für das sehr kurze Votum. Gibt es weitere Einzelsprecher? Tatsächlich keine mehr. Wünscht die Vertretung des Gemeinderates nochmals das Wort?

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Danke auch für diese sehr spannende und kontrovers geführte Diskussion. Der wichtigste Punkt, der uns jetzt auffiel, ist die Frage, was dabei herauskommt, wenn wir heute Abend ja sagen. Wir werden sicherlich keinen Notstand gemäss Art. 73 ausrufen. Es gibt ab morgen keine



Kompetenzverschiebungen. Das trifft einfach nicht zu und es handelt sich hier um ein Postulat und wir wissen alle hier drin, was ein Postulat auslöst, gibt es danach nämlich einen Prüfbericht. Wir prüfen das Anliegen, das hier von diesen Jugendlichen postuliert wurde und es ist aus unserer Sicht eine gute Idee, dass man dies nun einmal prüft. Man kann dabei ja auch zum Schluss kommen, dass gewisse Bereiche gut sind und dass man diese weiterentwickeln möchte. Vielleicht läuft dies dann unter dem Namen "Klimadringlichkeit", muss es doch nicht unbedingt "Notstand" heissen. Aber dies wird dann diese Prüfung zeigen. Und es ist eine Chance für uns, wenn wir dies nach heute Abend prüfen dürfen.

Noch zur Eigeninitiative ist zu sagen, dass dies eine tolle Sache ist und jede und jeder für sich selber machen kann. Es gibt aber auch Dinge, die die Stadt machen kann, die Sie selber zuhause nicht machen können. Ich denke da an Häusersanierungen oder ans Autofahren. Es gibt Dinge, die die Stadt machen muss und das wäre auch schön, wenn wir dies hier prüfen dürften.

Zum Schluss komme ich noch auf diesen Brief mit den Massnahmen zu sprechen. Der kam offensichtlich nicht bis zum Gemeinderat, sah ich diesen doch bislang noch nie, was noch spannend wäre. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich denke, dieses Problem lässt sich sicherlich lösen. Wir kommen somit zur Abstimmung. Gemäss Seite 2 von Bericht und Antrag des Gemeinderates zu Traktandum Nr. 12 wird Ihnen empfohlen, das Jugendpostulat für erheblich zu erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen. Wer dies ebenso sieht und das Jugendpostulat für erheblich erklären möchte, soll seine Hand hochhalten. Gegenmehr? Enthaltungen?

(Applaus im Publikum)

Ich möchte es nicht unterlassen, im Namen des gesamten Stadtrates – ich darf dies so sagen, zumal ich anders stimmte, den Jugendlichen für ihr Interesse zu danken, jetzt unabhängig der sachpolitischen Einschätzung. Wir freuen uns auf jeden Fall auf weitere Jugendpostulate. Vielen Dank für Ihre aktive Beteiligung und dafür, dass Sie zeigen, dass das Jugendpostulat nicht nur einem toten Buchstaben in der GO entspricht, sondern auch gelebt wird. Somit ist die Beratung zu Traktandum Nr. 12 abgeschlossen.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Das Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019: Klimanotstand in Langenthal wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



13. Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 16. September 2019: Neustrukturierung des Bau- und Planungswesens; Beantwortung¹

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen unter Traktandum Nr. 13 zur Interpellation der FDP/jll-Fraktion betreffend Neustrukturierung des Bau- und Planungswesens. Es ist ein zwingendes Geschäft und das Eintreten ist somit reglementgemäss geboten.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und ich gehe davon aus, dass diese nicht ergänzt wird. Da mir keine Berichterstattung durch die GPK angemeldet wurde, hat somit eine Vertretung der Interpellanten die Gelegenheit für eine – fett unterstrichen – kurze Stellungnahme.

FDP/jll-Fraktion Robert Kummer (FDP): Die FDP/jll-Fraktion dankt für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Ob die angedachte Aufteilung der heutigen BPK in eine Kommission für Baufragen und eine Kommission für Planung, Entwicklung, Umwelt und Energie die Effizienz steigern mag, bedingt sicherlich noch eine genauere Analyse. Das Bekenntnis, dass das Stadtbauamt ein Dienstleistungsunternehmen oder eine Dienstleistungsorganisation ist, die professionell und mit Augenmass wirkt, nahmen wir mit grosser Genugtuung zur Kenntnis.

Da nach wie vor mehr als 100 Gesuche in Bearbeitung sind, und man beispielsweise von einer durchschnittlichen Bausumme von einer Million Franken ausgeht, liegt somit ein Investitionsstau von 100 Millionen Franken vor. Auch dies erklärt den Hintergrund unserer Interpellation und schmerzt uns für unsere Unternehmen. Bestrebungen, die Attraktivität eines Arbeitsplatzes im Bauinspektorat zu steigern, trägt kleine Früchte. Hier ruht unsere Hoffnung auf unserer neuen Stadtbaumeisterin, die hinten im Saal sitzt, dass es dort nicht mehr zu überdurchschnittlich vielen Abgängen kommt, die jedes Mal einen Wissensverlust mit sich bringen. In dem Sinne bedanke ich mich nochmals beim Gemeinderat für den Bericht und Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Kummer für diese kurze Stellungnahme. Mir liegt ansonsten kein Beratungswunsch vor und damit ist die Behandlung von Traktandum Nr. 13 abgeschlossen.

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019 sowie die Ausführungen des Sprechers der Interpellation zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Verschieben durch den Entscheid des Stadtratspräsidenten vom 29. Oktober 2019.



14. Richtlinien der Regierungstätigkeit 2017 – 2020: Rückblick 2019; Ausblick 2020; Information durch den Stadtpräsidenten

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 14, Richtlinien der Regierungstätigkeit 2017 bis 2020, mit dem Rückblick und einem Ausblick und somit hat der Stadtpräsident das Wort.

II Beratung:

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich danke den Anwesenden für die Kenntnisnahme des Zeugnisses, das wir heute ablegen, insbesondere zum Jahr 2019.

Das wäre einmal die besagte Exekutive, einmal auf Hochglanz, ansonsten Sie uns hier vollzählig in Natura erleben können.



Zu den Legislaturzielen ist zu sagen, dass diese Ziele unterjährig nicht mehr bearbeitet werden, sobald sie einmal abgesehnet wurden. Das ist denjenigen bekannt, die bereits etwas länger dabei sind. Das heisst, wenn neue politische Themen oder Projekte vorliegen, zum Beispiel das Thema Eissport Langenthal, so führt dies nicht zu einer Anpassung der Regierungsrichtlinien. Insofern sind diese jeweils nicht tagesaktuell, sondern betreffen eben die gesamten vier Jahre und all die Belange, die man sich ursprünglich einmal vornahm. Wir stellen Ihnen heute auch nicht jede Veränderung vor, sondern legen Ihnen einen Auszug vor, wozu Sie die aktualisierten Unterlagen jeweils bei sich in der Aktenaufgabe vorfinden. Hätten wir nicht eine so lange Klimadebatte geführt, hätte ich ein wenig ausführlicher sein können.

Nach wie vor wandten wir auch in dieser Legislatur diese Methode an, geht es doch um Nachhaltigkeit im Sinne von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, die in diesen Zielbereichen angestrebt werden.

Die Methode

stadtlangenthal

ZIELBEREICH	NACHHALTIGKEITSDIMENSION		
	Gesellschaft	Wirtschaft	Umwelt
Wohnqualität	Einkommen	Biodiversität	
Mobilität	Freise und Gebühren	Natur und Landschaft	
Gesundheit	Investitionen	Energiequalität	
Sicherheit	Arbeitsmarkt	Energieverbrauch	
Solidarität	Verursacherprinzip	Fischstoffverbrauch	
Partizipation	Innovationen	Wasserhaushalt	
Kultur & Freizeit	Wirtschaftsstruktur	Bodenverbrauch	
Bildung	öffentlicher Haushalt	Bodenqualität	
Soziale Sicherheit		Luftqualität	
Integration			
Chancengleichheit			
Überregionale Solidarität			



Ich erwähne dazu ein Beispiel aus dem Ressort von Pierre Masson, das sehr gut zu heute passt. Dabei geht es um die "Erhaltung und Förderung der Biodiversität innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes". Dort wurde die Massnahme "Bereitstellung von Informationen und Sensibilisierung über naturnahe Gestaltung und Bewirtschaftung von privaten Gärten" definiert. Und Sie sehen dabei, dass man 2017 und 2018 je ein Ziel umsetzte, und dabei ist nun für das Jahr 2020 das Ziel "Überprüfung eines weiteren Kurses zur naturnahen Gartengestaltung" geplant. Das steht noch aus, hat ja auch das Jahr noch nicht begonnen.

Folgende Ziele erreichten wir im 2019: Dazu gehören ESP Bahnhof, gezielte Förderaktionen im Bereich Energiestadt und Auszeichnungen für Gebäudesanierungen. Janosch, soll ich es erwähnen, dass Du der Gewinner warst? Ich danke Dir jedenfalls für Deinen persönlichen Beitrag zur Behebung des Klimanotstands. Weitere erreichte Ziele waren die Weisungen zuhanden der RVK, der regionalen Verkehrskonferenz betreffend Angebotsbeschluss. Das Angebotskonzept wurde eingereicht, wodurch die Haltestelle "Blumenstrasse" bestehen bleibt. Dies einfach auch als Hinweis, dass Sie realisieren, dass Mitwirkungen selbstverständlich zumindest auch teilweise zu einem Ziel führen. Wir beschlossen zudem unseren Beitrag zum Projekt "Sorgende Gemeinschaft" des Vereins Choreo zu leisten und uns auch mit Michael Schär und Thomas Eggler aktiv im Vorstand einzubringen, um die "Sorgende Gemeinschaft" im Oberaargau voranzutreiben.

Weiter ist in der Umsetzung von Massnahmen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit mit der Finanzierung der Praktikumsbeiträge für ToKJO¹ zu erwähnen, deren Nachfinanzierung Sie gut hiessen. An dieser Stelle nochmals besten Dank dafür. Wir nahmen eine Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation nicht nur im Stadtbauamt vor - wie Sie es ja der Interpellationsantwort entnehmen konnten - sondern auch bei den Sozialen Diensten. Weiter hatten wir uns als Ziel gesetzt, das Fusionsprojekt mit Obersteckholz zu unterstützen, wozu es dann im kommenden Februar zur Volksabstimmung kommt, nachdem Sie anlässlich der letzten

¹ ToKJO = Kinder- und Jugendfachstelle Langenthal

stadtlangenthal

Zur Verdeutlichung der Systematik – Ein Beispiel
Themenbereich: Biodiversität

Ziel:	Erhalt und Förderung der Biodiversität innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes
Massnahme:	Bereitstellung von Informationen und Sensibilisierung über naturnahe Gestaltung und Bewirtschaftung von privaten Gärten
Umsetzung 2017:	Erstellung eines Faltblattes zur Grünflächenbewirtschaftung in der Stadt Langenthal und Thematisierung am Tag der offenen Tür. → Erledigt.
Umsetzung 2018:	Anpassung der Hinweise auf der Webseite; Durchführung eines Kurses zur naturnahen Gartennutzung und entsprechende Kommunikation. → Erledigt.
Umsetzung 2020:	Überprüfung eines weiteren Kurses zur naturnahen Gartengestaltung. → Nicht begonnen.

stadtlangenthal

Diese Ziele wurden im 2019 erreicht (1/3)

Ausgewählte Beispiele – vollständiges Reporting über die Richtlinien der Regierungstätigkeit 2017-2020, Stand per 31. Dezember 2019, lagen der Aktenauflage zur heutigen Sitzung bei:

- **Durchführung der Volksabstimmung und Start der Bauprojektierung ESP Bahnhof:**
Die Stimmbewölkerung stimmte der Vorlage am 19. Mai 2019 zu.
- **Weiterführung von gezielten Förderaktionen im Bereich Energiestadt:**
"Auszeichnung Gebäudesanierung" für energetisch optimale und innovative Sanierungen.
- **Erarbeitung von Weisungen zu Händen der RVK2 zum Angebotsbeschluss:**
Der Gemeinderat genehmigte die Stellungnahme zum regionalen Angebotskonzept im September 2019.
- **Unterstützung der Evaluation des Projektes "Sorgende Gemeinschaft":**
Am 10. September 2019 wurde der Verein "Choreo - Sorgende Gemeinschaft Oberaargau" gegründet.

stadtlangenthal

Diese Ziele wurden im 2019 erreicht (2/3)

- **Umsetzung von Massnahmen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit:**
Finanzierung der Praktikumsbeiträge für ToKJO.
- **Überprüfung der neuen Aufbau- und Ablauforganisation der Sozialen Dienste:**
Die neue Aufbauorganisation per 1. Juli 2020 hat der Gemeinderat bereits im Mai 2019 beschlossen.
- **Unterstützen des Fusionsprojekts mit Obersteckholz**
Projekt wurde dem Stadtrat vorgelegt und genehmigt. Volksabstimmung Februar 2020.
- **Aktive Förderung der baulichen Verdichtung sowie eine erhöhte Nutzungsdichte im Bestand**
Initiierung und Umsetzung partizipativer Prozesse (Workshops, Testplanungen, ...)



Stadtratssitzung sämtliche Verträge genehmigten. Sodann ging es um die aktive Förderung der baulichen Verdichtung sowie um die Erhöhung der Nutzungsdichte im Bestand. Das Ganze kommt einer Daueraufgabe gleich, konnten dazu doch laufend Workshops und Testplanungen zusammen mit Privaten und den Fachexperten durchgeführt werden.

Auf dem letzten Chart der Zielerreichung ist als Erstes die Lenkung der Arbeitsplatznutzung mittels Ansiedelung aufgeführt. Wir stellten dort beim Kanton zusammen mit der Region Oberaargau den Antrag, diese ESP Arbeiten Oberhard umzusetzen. Die Begeisterung auf privater Grundeigentümerseite ist zurzeit nur mässig. Wir erarbeiteten im Weiteren eine Gesamtstrategie zur zukünftigen Nutzung des Mühleareals, wozu wir einmal vorsahen, eine Testplanung durchzuführen. Es ist nun so, dass die Nutzungs- und Machbarkeitsstudie dem Gemeinderat am 15. Januar 2020 vorgestellt wird und in diesem Jahr abgeschlossen werden konnte. Sodann führten wir auf der

Stadtverwaltung den kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) ein. Die Einführung ist abgeschlossen und man setzte bereits verschiedene Massnahmen um. Zudem führten wir in diesem Jahr die Mitarbeiterumfrage bei allen städtischen Angestellten durch, die ebenso einem Regierungsziel entsprach. Wir verzeichneten dabei eine rekordhohe Beteiligung, nahmen doch praktisch alle, die hier für die Stadt Langenthal arbeiten, daran teil. Die Resultate konnten wir Ihnen ja bereits im August im Stadtrat präsentieren. Last but not least konnten wir die Einführung eines neuen zeitgemässen Personalreglements, das per 1. Januar 2020 in Kraft tritt, wie auch die Umsetzung eines neuen Behördenreglements abschliessen.

Der Ausblick fällt sodann noch ein wenig kürzer aus. Sie sehen, wir haben hier aus den Regierungsrichtlinien insbesondere folgende Ziele, die wir sicherlich angehen werden und die dann auch teilweise wieder zu Aufgaben, respektive zu Fragestellungen führen, die innerhalb des Stadtrates zu klären sein werden.

Sie sind, nebst dem sie sich in den Unterlagen des Stadtrates befinden, auch auf der Homepage aufgeschaltet.

stadtlangenthal

Diese Ziele wurden im 2019 erreicht (3/3)

- **Lenkung der Arbeitsplatznutzung mittels Ansiedelung produktionsorientierter Industrie- und Gewerbebetriebe**
Antrag um Aufnahme des ESP Arbeiten Oberhard.
- **Erarbeitung einer Gesamtstrategie über die zukünftige Nutzung des Mühleareals**
Durchführung Nutzungs- & Machbarkeitsstudie.
- **Anwendung des Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP)**
Der KVP wurde erfolgreich eingeführt und verschiedene Massnahmen bereits umgesetzt.
- **Durchführung der Mitarbeitendenbefragung bei allen städtischen Angestellten**
Anfang Jahr wurde die Befragung durchgeführt und die Resultate anlässlich der Stadtratssitzung im August bekannt gegeben.
- **Einführung eines neuen zeitgemässen Personalreglements**
Das neue Personalreglement wurde anlässlich der Stadtratssitzung vom 25. November 2019 verabschiedet. Das Inkrafttreten erfolgt per 1. Januar 2020.

stadtlangenthal

Diese Ziele werden uns weiter beschäftigen

- Revision des Ortspolizeireglements und der Kommissionsreglemente
- Entwicklung der Digitalisierung der Stadtverwaltung
- Verabschiedung einer Liegenschaftsstrategie
- Stärkung der Wohnqualität bei qualitätsvoller Verdichtung
- Sichere, direkte und qualitätsvolle Ausgestaltung des städtischen Fuss- und Velonetzes
- Bekämpfung von Littering
- Entlastung des Stadtzentrums vom Durchgangsverkehr



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Und mit diesem Bild - es ist nicht genau aus diesem Jahr, wurde aber in derselben Jahreszeit geschossen, möchte ich Ihnen auch im Namen des Gemeinderates und der Stadtbehörde eine ganz gute Weihnachtszeit und einen guten Übergang ins neue Jahr wünschen. Und dann zumal arbeiten wir auch weiter an den Richtlinien der Regierungstätigkeit. Merci.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank dem Stadtpräsidenten für diese Präsentation. Wenn die Verwaltung genau so effizient arbeitet wie soeben die Richtlinien präsentiert wurden, dann sind wir schweizweit ganz sicherlich die Nummer eins.

III Abstimmung: Keine.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



15. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Bei den Mitteilungen des Gemeinderates bekommt der Stadtpräsident sogleich nochmals das Wort, ist das richtig so?

■ **Reporting ESP Bahnhof**

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank für den Reminder. Sie erhielten in dieser jüngsten Aktenaufgabe, respektive in deren Versand, das Reporting zum ESP Bahnhof. Ich werde es Ihnen nicht einzeln vorstellen, somit sind wir noch ein wenig effizienter. Besten Dank.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



16. Eingereichte Motion der SVP-Fraktion vom 16. Dezember 2019: Klimabewusste Reisen der Langenthaler Schulen

Motionstext:

"Klimabewusste Reisen der Langenthaler Schulen

Der Gemeinderat wird beauftragt

- *soweit in der Kompetenz der Gemeinde liegend die nötigen Massnahmen zu ergreifen oder gegenüber den zuständigen Organen zu fordern,*
- *dort, wo der Kanton Schulen führt, gegenüber den zuständigen Organen zu fordern,*

dass von Schulen in Langenthal organisierte Ausflüge und Reisen (Abschlussreisen, Maturereisen, Projektwochen) ohne Nutzung des Flugverkehrs und prioritär mit Destinationen im Inland erfolgen.

Begründung: Am 16. Dezember 2019 hat der Stadtrat das Jugendpostulat zur Ausrufung des Klimanotstandes erheblich erklärt. Soll Klimaschutz gelingen, muss zuallererst jeder Einzelne seine persönliche Verantwortung wahrnehmen.

Als kleiner Beitrag zum Klimaschutz und angesichts der öffentlich vorgetragenen Forderungen von Schülerinnen und Schülern zu mehr Klimaschutz fordern deshalb die Motionäre, dass Ausflüge und Reisen an Schulen nicht mehr mit dem Flugzeug erfolgen sollen.

Konkret geht es um Abschlussreisen, Maturareisen oder Projektwochen, die auch in der jüngsten Vergangenheit noch teilweise mit dem Flugzeug ins Ausland erfolgten.

Solche klimaschädlichen Trips ins Ausland sind zu vermeiden. Generell ist dafür zu sorgen, dass Reisen und Ausflüge prioritär im Inland erfolgen.

Bildungsmässig besteht in der Regel keine zwingende Veranlassung – erst recht nicht bei schulisch organisierten Abschlussreisen – eine Reise ins nahe Ausland durchzuführen. Sollte dies ausnahmsweise doch geboten sein, unter Umständen bei schulisch organisierten Sprachaufenthalten, sind Reisen mit dem Zug durchzuführen.

Wo die Gemeinde entsprechende Kompetenzen im Schulwesen hat, hat der Gemeinderat die nötigen Massnahmen zu ergreifen resp. gegenüber den kommunal zuständigen Organen zu fordern. Im Bereich kantonaler Schulen wie den Gymnasien hat der Gemeinderat das motionierte Anliegen gegenüber den kantonalen zuständigen Organen geltend zu machen."

SVP-Fraktion

(Erstunterzeichner: Janosch Fankhauser)

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹ Ab 1. Januar 2020 sind Art. 52 f. der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 massgebend.

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



17. Schlusswort Stadtratspräsident 2019, Freudiger Patrick (SVP)

Vize-Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Nicht, dass ich bereits heute die Sitzungsleitung übernehmen möchte, aber die parlamentarischen Vorstösse, die eingereicht und heruntergelesen wurden, waren mein Stichwort, sodass es jetzt an mir ist, noch etwas zu sagen. Ich hoffe Patrick, dass Du das jetzt nicht irgendwie als Affront Dir gegenüber erlebst.

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, lieber Patrick, ich möchte mit ein paar Zitaten aus Deiner eigenen Homepage, die Du jährlich ergänzest, kurz auf Dein Präsidialjahr zurückblicken und Deine tolle und wertvolle Arbeit gebührend würdigen.

Das erste Zitat ist eines von Otto von Bismarck: "Die Scheu vor der Verantwortung ist eine Krankheit unserer Zeit". In dieser Hinsicht bist Du, lieber Patrick, kerngesund. Du übernahmst ein Jahr lang mit grosser Souveränität und Umsichtigkeit die Verantwortung für die Durchführung unserer Sitzungen und stelltest damit sicher, dass auch die kniffligsten Angelegenheiten korrekt abgehandelt wurden.

Das zweite Zitat stammt von Charles de Gaulle: "Die zehn Gebote sind deswegen so kurz und logisch, weil sie ohne Mitwirkung von Juristen zustande gekommen sind".

(Gelächter im Saal)

Ist dies vielleicht die Erklärung für unsere zahlreich sehr langen und auch komplizierten Stadtratssitzungen? Auf alle Fälle hieltest Du bis zur letzten Minute den Kopf zusammen, vergasest nie etwas, nicht einmal den Humor. Du stelltest nach Stunden mit Deiner klaren und präzisen Ausdrucksweise sicher, dass wir noch genau wussten, über was wir eigentlich abzustimmen haben.

Nun kommt ein Zitat von Voltaire: "Die Arbeit hält drei grosse Übel fern: die Langeweile, das Laster und die Not". Diese drei Übel werden Dir, lieber Patrick, auf alle Fälle nie widerfahren. Ich weiss also echt nicht, wie Du das alles immer unter einen Hut brachtest. Du warst auch bei allen, auch ausserordentlichen Sitzungen immer sehr fokussiert. Man merkte Dir dabei nicht an, dass Du nebst der in diesem Jahr sehr umfangreichen Arbeit für den Stadtrat noch einen Job, die Familie und ein Grossratsmandat miteinander vereinbaren musstest.

Jetzt komme ich zu Benjamin Disraeli: "Das Wort "endgültig" gibt es in der Sprache der Politik nicht". Wenn Du nachher sogleich das letzte Mal mit dem Glöckchen bimmelst, ist zwar Dein Jahr hier oben auf diesem Platz beendet, aber Dein Einsatz, das Mitdenken und Mitreden für unsere Stadt werden weitergehen. An dieser Stelle ein grosses Merci für Deine Arbeit als Stadtratspräsident und Politiker von und für Langenthal.

Zum Schluss zitiere ich Willy Brandt: "Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten". Mit diesem Zitat zum Schluss möchte ich Dir und natürlich auch Deiner Familie von Herzen alles Gute für das neue Jahr wünschen und dass Du es mit hoffentlich ein bisschen mehr freier Zeit nach Deinen Vorstellungen und Wünschen gestalten und neue spannende Projekte in Angriff nehmen kannst. Merci vielmals.

(Applaus – Patrick Freudiger wird von Simone Burkhard Schneider ein Blumenstrauss überreicht.)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Liebe Martina, ich rechnete mit schwierigen Sitzungen und schwierigen Anträgen, aber womit ich nicht rechnete, ist, dass ich zum Schluss noch sprachlos werde. Aber das bin ich jetzt. Merci vielmals und ich danke auch Euch allen, denn eine reibungslose Sitzungsleitung ist selbstverständlich auch nur deshalb möglich, wenn sich Stadtrat, Gemeinderat, aber auch die interessierte Öffentlichkeit an die Gepflogenheiten halten und das ist hier in Langenthal wirklich mustergültig. Als Grossrat im Kanton Bern sehe ich, wie es etwa auch anders gehen kann. Dort muss jeweils der Ratspräsident immer mal wieder dafür besorgt sein, dass wieder 80 von 160 Leuten im Rat anwesend sind, damit die gesetzlich vorgegebene Präsenz gewährleistet ist. Wenn ich das hier beobachte, so ist dies hier jedes Mal ein Aufsteller. Noch einmal ganz herzlichen Dank, Martina.

Meine Zeitvorgabe ist 19.30 Uhr. Ich möchte diese gerne einhalten und im Rahmen des Schlusswortes möchte ich noch zwei Rücktritte bekanntgeben. Den ersten Rücktritt betrifft Bernhard Marti. Wir hörten dies heute ja bereits, dass Du aus der GPK bereits per Ende Jahr zurücktrittst und aus dem Stadtrat sodann auf Ende Januar



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

2020. Wenn ich es richtig sehe, warst Du rund zehn Jahre Mitglied des Stadtrates, warst auch schon Stadtratspräsident und GPK-Präsident und Du meistertest somit alle parlamentarischen Herausforderungen mit Bravour. Ich erlebte Dich immer als jemand, der stets dossiersicher war und mit seinen klaren, konkreten und fundierten Voten einen echten Mehrwert in der stadträtlichen Debatte darstellte. Wenn Du Dich nun aus dem Stadtrat verabschiedest, dann ist dies wohl darum, damit künftig vermehrt noch die Klienten in Deinem Anwaltsbüro von Deinem beruflichen und politischen Mehrwert profitieren dürfen. Lieber Bernhard, wir wünschen Dir für die Zukunft alles Gute, viel Kraft, viel Erfolg, vor allem auch im Beruf, aber auch privat und die besten Wünsche für die Zukunft. Merci vielmals.

(Applaus)

Der zweite Rücktritt ist in Anführungszeichen ein Rücktritt, geht es dabei doch um Janine Jauner. Sie trat zurück, und man darf das so sagen, wird doch die Sekretärin des Stadtrates zurzeit noch gewählt. Ab nächstem Jahr dann nicht mehr. Sie trat als Sekretärin des Stadtrates zurück, bleibt der Stadt Langenthal aber als Fachbereichsleiterin "Recht" erhalten. Also handelt sich somit nicht um eine echte Verabschiedung. Janine befindet sich heute im Saal, was ganz besonders freut, aber aus dem Stadtratssekretariat verabschiedest Du Dich somit und es nun der Moment, auch Dir zu danken. Ich durfte mit Dir als Präsident zusammenarbeiten, aber zuvor auch bereits als GPK-Präsident und ich darf einmal mehr darauf hinweisen, dass ohne hervorragende Unterstützung in der Verwaltung es schlicht unmöglich wäre, dass wir als Milizpolitikerinnen und -politiker unseren Anforderungen gerecht werden können. Wir haben eine grosse Geschäftslast zu bewältigen und wir sind entsprechend darauf angewiesen, dass wir stets von der Verwaltung – nicht nur exekutivisch gesprochen, sondern auch von der Parlamentsverwaltung betreut und begleitet werden. Und bisweilen, wenn wir uns verrennen, auch sanft darauf hingewiesen werden, dass man möglicherweise überschießt. All die Anforderungen, die wir an eine gute Verwaltung stellen, manchmal explizit, manchmal implizit, verkörpertest Du genauso und setztest in die Tat um, liebe Janine, wie wir uns das in den besten aller Fälle vorstellen konnten. Liebe Janine, es schmerzt uns natürlich ein wenig, dass Du nicht mehr für den Stadtrat tätig sein wirst, aber wir freuen uns, dass Du nach wie vor für die Stadt Langenthal tätig bist. Wir wünschen Dir und Deiner Familie weiterhin alles Gute. Besten Dank Janine Jauner.

(Applaus – Janine Jauner wird von Simone Burkhard Schneider ein Blumenstrauß überreicht.)

Somit wären die Verabschiedungen in dem Sinn durch und wir haben ja auch weitere Rücktritte, die auf Ende Jahr erfolgen, die ich aber bereits bei der letzten Sitzung verkündete. Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht ein Jahr zu Ende, in dem wir hier drin viel leisteten. ESP Bahnhof, Wahl- und Abstimmungsreglement, Personalreglement, Behördenreglement, Fusion, Budget und Rechnung als Dauerbrenner, Projekte an der Schule wie ict4kids2 und die Auslagerung der Informatik, SCL Nachwuchs und Darlehen sind nur einige Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und auch ohne Anspruch auf Priorisierung. Dies sind einige Beispiele, die wir dieses Jahr beraten und auch zu Ende beraten haben. Wir leisteten viel und ich bin durchaus stolz darauf zu sehen, in welcher Art und Weise wir das machen konnten. Ich meinte, wir gingen immer anständig miteinander um, man wurde nicht ausfällig. Wir blieben in 99% der Fälle auch in der gebotenen Kürze und so denke ich, dass wir ein effizientes Parlament waren. Wenn wir schauen, wie die Abstimmungen mit sehr deutlichen Ja-Mehrheiten in die Bevölkerung ausgingen, so meinte ich, sind wir gute Volksvertreter.

Ich glaube aber auch, dass wir bei anspruchsvollen Geschäften nicht einfach vorschnell vorgingen. Ich bat ja zu Beginn des Jahres in meinem einleitenden Votum darum, bei all diesen wichtigen Millionengeschäften nicht überschwänglich zu werden und auch die nötige Bescheidenheit beizubehalten. Ich glaube, das wurde eingehalten. Finanzrelevante Vorhaben wie das Darlehen FCL oder SCL Nachwuchs AG wurden hier lange und ausführlich besprochen und man schaute alle relevanten Facetten an und es wurde nichts vorschnell durchgewunken. Das heutige Beispiel zum Klimanotstand zeigt auch, dass man sorgfältig berät, auch Geschäfte, die nicht sogleich im ersten Moment Folgen auslösen, sondern zuerst geprüft werden müssen. Ich denke auch all die 2. Lesungen, die wir beschlossen, sind ein Ausdruck dieser Bescheidenheit. Aber vielleicht hat es auch damit zu tun, dass sich die Juristen nicht kurzfassen können. Man sagte sich dabei wohl "Achtung", da ist noch nicht alles klar und da benötigen wir etwas mehr Zeit und sollten noch einmal über die Bücher. Das ist aus meiner



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 16. Dezember 2019

Sicht auch eine Form von Bescheidenheit oder Selbstbescheidenheit. Ich meinte, das ist eine gute Vorgehensweise. Der Höhepunkt dieses Jahres, das darf ich sicherlich so festhalten, war die Jubiläumsfeier anlässlich der "100 Jahre Stadtrat". Ich bekam dazu in und um Langenthal nur positive Rückmeldungen. Ich glaube, Langenthal und der Stadtrat zeigten sich hier von seiner besten Seite. Ich danke noch einmal allen, die da mithalfen.

Es ist nun 19.30 Uhr und es bleibt keine Zeit für ein längeres Schlusswort, was eigentlich genau das ist, was ich wollte, denn wir sind hier um zu arbeiten und nicht um lange zu reden. Ich möchte noch einmal Danke sagen, zuerst dem Büro des Stadtrates, das mit mir zusammen die Aufgaben vorbereitete oder manchmal auch nachbearbeitete. Diese Zusammenarbeit war stets einwandfrei. Ich danke allen vielmals. Danke auch den Stimmzählern für diesen nicht einfachen Job, was ich immer wieder betonen muss. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an das Sekretariat des Stadtrates, an Simone Burkhard und an Stefanie Zubler. Das, was ich für Janine Jauner sagte, gilt auch für Euch. Ihr macht das genauso, wie wir uns das vorstellen. Herzlichen Dank, dass dies so einwandfrei klappt.

(Applaus)

Vielen Dank auch dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit, muss man ja auch nicht immer gleicher Meinung sein, um gut zusammenzuarbeiten. Aber wir arbeiten in der Tat gut zusammen. Danke Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Präsenz, die gute Aufmerksamkeit und die fairen und sachlichen Debatten und nicht zuletzt danke ich auch der interessierten Öffentlichkeit, dass wir hier regelmässig zahlreiche Leute begrüßen dürfen. Das freut uns, soll doch das Öffentlichkeitsprinzip kein toter Buchstabe sein. Danke zum Schluss auch an die Medien für die objektive Berichterstattung und insbesondere auch den neuen Medien, zum Beispiel Fräulein Lama, das ja regelmässig das inoffizielle Stadtratsprotokoll schreibt. Somit wäre auch noch dem Protokollführer für die Erstellung der Protokolle zu danken und ich danke insbesondere auch den Angestellten der Verwaltung. Ich glaube, wir haben eine gut funktionierende Stadtverwaltung. Dies ist an den Berichten und Anträgen abzulesen, wie diese in den Stadtrat kommen. Diese sind fundiert und ermöglichen uns eine sachliche und fundierte Entscheidungsfindung. Allen ein herzliches Dankeschön und nun wünsche ich allen einen schönen Abend, eine schöne Adventszeit, schöne Weihnachten, Ihnen und Ihren Nächsten gute Gesundheit und jetzt en Guete. Besten Dank.

(Applaus)

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr